



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1928

09.11.1928 - Sitzung Nr. 17

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

N<sup>o</sup> 17.

# Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft

Sitzung vom 9. November 1928.

Es fehlten entschuldigt: Bahnson; Osterloh, S.; Priemer; Kumpf. Unentschuldigt fehlte niemand.

## Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1928: Ordentlicher Haushalt für 1928 . . . . .	419		X. Antrag: Schwimmhalle beim Ohlenhof (Nr. 72).		
II. Mitteilung des Senats vom 2. November 1928: Sportanlagen am Peterswerder . . . . .	424		XI. Antrag: Krankenerholungsheim in der westlichen Vorstadt (Nr. 73). (N. z. B. g.)		
III. Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 1928: 1. Neubau eines Arbeitsamtsgebäudes . . . . .	427		XII. Antrag: Beförderung von Schwer- kriegsbeschädigten (Nr. 75). (N. z. B. g.)		
IV. Mitteilung des Senats vom 30. Oktober 1928: Enteignung einer zur Verbreiterung der Waller Heerstraße erforderlichen Grund- fläche. (N. z. B. g.)			XIII. Antrag: Errichtung öffentl. Fernsprechstellen (Nr. 76). (N. z. B. g.)		
V. Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 1928: Herichtung des Schloßparks als öffent- licher Park. (N. z. B. g.)			XIV. Antrag: Höchstzahlen der Handels- und Büro- lehrlinge (Nr. 77). (N. z. B. g.)		
VI. Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 1928: Bau der Schuppen 15 und 17 am Hafen II	442		XV. Antrag: Vermieten von Wohnungen (Nr. 78). (N. z. B. g.)		
VII. Antrag: Ladenschluß (Nr. 67). (N. z. B. g.)			XVI. Antrag: Verbesserungen der Ruheohn- bestimmungen (Nr. 79). (N. z. B. g.)		
VIII. Antrag: Ladenschluß am 24. Dezember (Nr. 68). (N. z. B. g.)			XVII. Antrag: Wohnungsnachweis auf dem Haupt- bahnhof (Nr. 70). (N. z. B. g.)		
IX. Antrag: Schloßpark (Nr. 71). (N. z. B. g.)			XVIII. Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 1928: 2. Regelung der Kostenberechnung bei Dienststreifen. (N. z. B. g.)		
			XIX. Antrag: Unterfügung von Erwerbslosen (Nr. 80). (N. z. B. g.)		

**Präsident R. Dunkel:**

Eröffnung der Sitzung 16 Uhr.

**Präsident:** Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Herr Hermann Osterloh zeigt seinen Austritt aus der Bürgerschaft an (Hört, hört! und ironische Zurufe bei den Sozialdemokraten). Ebenso zeigt Herr Adolf Hackenbroich seinen Austritt aus der Bürgerschaft an.

Herr Schimel vom Hoyaer Wochenblatt sendet uns im Auftrage interessierter Gemeinden die Unterlagen zu ihrer Forderung nach einer Konzessionierung der Autolinie Martfeld-Schwarmer-Nieder-Bremen.

Herr Lambert Willems sendet uns eine Beschwerde des ehemaligen Wachtmeisters Johann Bremer gegen einen Senatsbeschluß betreffend Antrag auf Gewährung einer Entschädigung wegen durch Behörden verursachter Geschäftsschädigung.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### I. Ordentlicher Haushalt für 1928.

**Präsident:** Es handelt sich hier um elf Beschlüsse der Bürgerschaft zur diesjährigen Haushaltsberatung, die von der Finanzdeputation beanstandet worden sind. Ich werde die einzelnen Punkte aufrufen, damit, wer dazu etwas zu sagen hat, sich melden kann. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß gemäß § 63 der Verfassung es nicht zu empfehlen ist, heute Anträge dazu zu stellen. (Theil: Die wollen Sie wohl nicht zur Abstimmung bringen? — Weiterkeit.)

Gewerbeamt.

**Schmidt (S.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Bürgerschaft ist wiederholt beschlossen worden, daß entweder sämtliche Angestellte des Gewerbeaufsichtsamts oder doch wenigstens vier dieser Angestellten Beamte werden sollen. Die Bürgerschaft hat bei der letzten Haushaltsberatung einstimmig diesem Antrage, der zuerst

von Herrn Hüneck von den Deutschnationalen gestellt worden war, zugestimmt. Die Finanzdeputation ist aber auf die Gründe, die hier in der Bürgerschaft für die Schaffung dieser vier Beamtenstellen vorgebracht worden sind, überhaupt nicht eingegangen, und hat dafür andere Gründe für ihre ablehnende Stellungnahme mitgeteilt. Diese Gründe zerfallen in zwei Teile. Zunächst sagt die Finanzdeputation, daß sie es für ausreichend halte, wenn drei neue Beamtenstellen geschaffen werden und zwar für jeden Aufsichtszweig eine Beamtenstelle. Damals, als diese Vorlage in der Finanzdeputation beraten wurde, waren diese Beamtenstellen noch nicht besetzt. Die Finanzdeputation hatte also Gelegenheit, ihren Gründen bei der Besetzung dieser Stellen Geltung zu verschaffen. Das hat sie aber nicht getan. Deshalb sind diese Gründe auch nicht die wirklichen Gründe, die zur Ablehnung der Schaffung der vier Beamtenstellen geführt haben, denn jetzt sind Beamtenstellen für zwei Aufsichtszweige geschaffen worden, und der dritte Aufsichtszweig ist überhaupt nicht mit einer Beamtenstelle bedacht worden. Deshalb klingen die Gründe, die die Finanzdeputation uns hier mitteilt, so merkwürdig, weil sie, wie es hätte sein müssen, bei der Besetzung dieser Stellen nicht in Anwendung gebracht worden sind, trotzdem die Finanzdeputation es sicher in der Hand gehabt hätte. Meine Damen und Herren! Meine Fraktion könnte sich ja damit zufrieden geben, daß diejenigen Aufsichtszweige, die sich mit der Handarbeiterschaft befassen, mit Beamtenstellen bedacht worden sind. Aber wir sind trotzdem nicht zufrieden, denn wir sind der Meinung, daß auch die Aufsicht in dem andern Zweig überaus wichtig ist, daß gerade den Angestellten, die dort tätig sind, der Rücken dadurch gestärkt werden muß, daß sie in Beamtenstellen hinein kommen. Dazu hat die Finanzdeputation zwar nichts gesagt, aber uns scheint, daß die Finanzdeputation sich hier dem Standpunkt des Arbeitgebers im Handelsgewerbe angeschlossen hat. Wir werden zu gegebener Zeit unsere Forderung wiederholen und versuchen, ihr Geltung zu verschaffen. Dann der zweite Grund der Finanzdeputation, daß es keine rationelle Personalpolitik sei, wenn sämtliche Stellen zu Beamtenstellen gemacht würden. Es ist überaus merkwürdig, daß die Finanzdeputation in ihrer Mehrheit zu diesem Gedanken immer nur kommt, wenn es sich um untere oder mittlere Beamte handelt. Wir haben jedenfalls noch niemals gehört, daß die Finanzdeputation einen solchen Standpunkt vertreten habe auch dann, wenn eine Behörde verlangte, daß irgend ein Akademiker in das Beamtenverhältnis übersührt werden solle. Deshalb ist also auch dieser Grund der Finanzdeputation überaus merkwürdig. Zum Schluß möchte ich auf das hübsche Wechselspiel innerhalb der deutschnationalen Fraktion zu sprechen kommen. Die deutschnationale Fraktion schiebt in diesen Fragen Herrn Hüneck, daß er nach der Arbeitnehmerseite hin ein nettes Gesicht macht. (Seiterkeit. — Dr. Gebert: Das macht er immer!)

**Präsident:** Herr Schmidt! Sie dürfen nicht den Gesichtsausdruck der Abgeordneten kritisieren! (Erneute Seiterkeit.)

**Schmidt:** Nun, bei Herrn Hüneck ist es ja keine Ausnahme, daß er ein nettes Gesicht macht; es ist das den Damen und Herren der Bürgerschaft deshalb auch nicht so aufgefallen. Aber bezeichnend ist es doch, daß der Vertreter der deutschnationalen Fraktion in der Finanzdeputation einer der ersten gewesen ist, der die Beschlüsse der Bürgerschaft mit hat niederknüppeln helfen. Das ist überaus bezeichnend für die Stellungnahme der deutschnationalen Fraktion den Arbeitnehmern gegenüber. Darauf wollte ich bei dieser Gelegenheit nur aufmerksam gemacht haben.

**Deisen (R.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus der Debatte in der vorigen Sitzung der Bürgerschaft über den Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten ging doch zur Genüge hervor, insbesondere auch aus den Ausführungen unseres Fraktionsredners, daß vor allem die Beamtenstellen in der Gewerbeaufsicht vermehrt werden müssen, zum mindesten in dem Maße, wie es seinerzeit der Antrag gefordert hat. Wenn nun zu Eingang der Verhandlung der Herr Präsident gesagt hat, es möchten heute zu diesem Gegenstand keine Anträge gestellt werden — — —

**Präsident:** Ich habe das gesagt mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 63 der Verfassung. Es nutzt danach nichts, heute dazu einen Antrag zu stellen, es steht Ihnen aber nichts im Wege, daß Sie während der heutigen Sitzung einen neuen Antrag einbringen, der dann in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommt. Ich habe das nur aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen gesagt.

**Deisen:** Gut, dann werden wir einen entsprechenden Antrag neu einbringen.

**Hüneck (D.N.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in der letzten Sitzung bei Gelegenheit der Besprechung des Berichts des Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellt, daß die Zahl der Kontrollbeamten bei weitem nicht ausreicht. Und wenn die Bürgerschaft bei der Haushaltsberatung beschlossen hat, für jeden der drei Aufsichtszweige eine Beamtenstelle zu schaffen, so war das schon eine Beschneidung unserer Wünsche in dieser Beziehung. Die Finanzdeputation gibt selbst zu, daß für jede der drei Aufsichtszweige eine Beamtenstelle genüge, dem ist aber nicht entprochen, denn für die Gewerbeaufsicht sind zwei, für die Dampfkesselaufsicht eine Beamtenstelle geschaffen. Es ist also nicht einmal für jeden Aufsichtszweig eine Beamtenstelle geschaffen worden. Es kommt uns aber darauf an, daß wenigstens das geschieht. Ich will die Verhandlungen nicht unnötig verlängern und dem Herrn Präsidenten einen Antrag überreichen, der auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommen soll. (Schmidt: Der wird infolge des Einspruchs der Finanzdeputation dann doch nur wieder niedergestimmt werden!)

## Baukontrolle.

**Deisen (R.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Gegenstand möchten wir, daß die Bürgerschaft auf ihrem damaligen Beschluß beharrt. Ich werde genau wie bei dem vorigen Punkt zu diesem Gegenstande einen Antrag einbringen, weil wir der Meinung sind, daß diese Stelle notwendig ist. Zur Begründung brauche ich nur hinzuweisen auf die Hochbauweise, die mehr und mehr um sich greift, wie wir es auch in Bremen klar vor Augen sehen.

**Caspar (S.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht sagt, daß seit dem Jahre 1924 nur ein Baukontrolleur tätig war, während bis dahin 2 Kontrolleure waren. Richtig ist, daß dieser eine Kontrolleur seit einem halben Jahr überhaupt nicht mehr tätig, sodaß also dieser Posten im Augenblick völlig verwaist ist. Man hat inzwischen auf einen pensionierten Baukontrolleur zurückgegriffen, aber dieser hat aus bestimmten Gründen seine Tätigkeit ebenfalls eingestellt. Der Bericht erklärt, daß die Baukontrollen auch von Bauführern ausgeführt würden. Wieviel Bauführer haben die Kontrollen ausgeführt? Der Bericht kritisiert, daß der eine Kontrolleur den Rekord von 1910 noch nicht wieder erreicht hat, daß also die Friedensleistung noch nicht wieder erreicht ist. Das heißt also, daß man von den Baukontrolleuren Rekordleistungen verlangt. Meine Fraktion kann einem solchen System nicht zustimmen. Auf diese Weise kann eine ausreichende Kontrolle auf den einzelnen Baustellen nicht durchgeführt werden. Hinzu kommt auch, daß die Bauweise von 1910 mit der Bauweise von 1927 nicht auf eine Stufe gestellt werden kann. Seit einigen Jahren ist eine intensive Bautätigkeit eingetreten, das beweisen die erstehenden Hochbauten, bei denen natürlich die Unfallgefahr bedeutend größer ist. Wenn nun die Bauführer zur Kontrolle mit herangezogen werden, so ist die Folge, daß die Arbeiten beim Baupolizeiamt entsprechend zurückgestellt werden müssen, und daher kommen die vielen Klagen über die Verzögerung der Bautätigkeit. Der Bericht sagt: „Im Jahre 1910 leisteten zwei Baukontrolleure 7335 Kontrollen und die Bauführer selbst 1558 Kontrollen, zusammen also 8893 Kontrollen, bei denen 1705 Mängel festgestellt wurden. Im Jahre 1927 leistete der eine Baukontrolleur nur 2607 Kontrollen, während die Bauführer 2587 Kontrollen ausführten; insgesamt wurden also 5194 Kontrollen durchgeführt, bei denen 695 Mängel festgestellt wurden. Das ist also im Jahre 1927 ein Weniger von 3699 Kontrollen. Ein Beweis der Baukonjunktur von 1910 und der von 1927 besagt folgendes: die Zahl der Bauanträge, die das Baupolizeiamt zu erledigen hat, betrug im Jahre 1910 im ganzen 708, im Jahre 1927 dagegen 1572, also eine Steigerung der Baukonjunktur gegenüber 1910 um 122 %.

Ähnlich ist das Verhältnis bei den abgenommenen Bauten und Umbauten, wo doch gerade die Arbeit für die Kontrolleure vorliegt. Im Jahre 1910 waren es 878 abgenommene Bauten, im Jahre 1927 1265. Also auch hier eine Steigerung um 44 Prozent.

Für 1928 liegen bloß die Zahlen bis September vor, also für  $\frac{3}{4}$  Jahr. Aber auch daran können wir die Steigerung nachprüfen. In diesem  $\frac{3}{4}$  Jahre sind 988 Bauanträge gestellt, also auch ein Plus gegenüber 1910. In diesem  $\frac{3}{4}$  Jahre sind 778 Bauten abgenommen, also fast dieselbe Zahl wie im ganzen Jahre 1910.

Die Steigerung können wir aber auch nachprüfen an der Zahl der beschäftigten Bauarbeiter. Während 1910 die einzelnen Baustellen verschiedentlich kontrolliert worden sind, sind im Jahre 1927 nach den uns gewordenen Informationen die einzelnen Baustellen garnicht oder nur mangelhaft kontrolliert worden. Dazu kommt die Ausdehnung des Stadtbildes, also des Baugeländes, sodaß also auch damit ein bedeutender Auswand an Zeit in der Kontrolle gegenüber 1910 festzustellen ist. Mit alle dem läßt sich selbstverständlich das Verlangen der Behörden nach Rekordleistung nicht in Einklang bringen.

Die Feststellung im Bericht, daß 1927 prozentual weniger Mängel festgestellt worden sind, entkräftet nicht die Forderung unserer Fraktion, einen zweiten Baukontrolleur anzustellen. Wie die Bauten aus der Erde wachsen, das können Sie an den großen Hochbauten an der Schillerstraße sehen. Da kann man feststellen, wie notwendig es wäre, eine Kontrolle wiederholt stattfinden zu lassen. Dazu kommt, daß wir im letzten Jahre zwei tödliche Bauunfälle erlebt haben. Wenn nicht mehr Unfälle vorkommen, so ist das der guten Organisation der Bauarbeiter zu verdanken, die dafür sorgen, daß Leben und Gesundheit der Bauarbeiter geschützt werden. Daß das nicht überall reibungslos möglich ist, zeigt sich bei so manchem renitenten Arbeitsgeber. So haben z. B. Arbeitseinstellungen erfolgen müssen, um den Schutz der Arbeiter durchzusetzen. Ich glaube aber auch, daß die Bürgerschaft und der Senat verpflichtet sind, die Verordnung vom 16. Februar 1909 durchzusetzen, die den Schutz der Bauarbeiter betrifft. Dazu gehört die Kontrolle. Durch verschiedene Umstände waren wir gezwungen, um die Arbeitslosen unterzubringen, in 2 und 3 Schichten arbeiten zu lassen, andererseits um den Nachtstudenten aufrecht zu erhalten. Gerade in der Nachtzeit müßte die Kontrolle bedeutend besser sein. Das ist nicht der Fall, weil wir im letzten halben Jahre keinen Baukontrolleur hatten. Der Bericht erklärt, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein soll, daß bei angespannter Bautätigkeit größere Kontrolle ausgeübt werden soll. Ich habe, glaube ich, schon nachgewiesen, daß diese angespannte Bautätigkeit in den letzten Jahren schon eingetreten ist. Ist nun die Behörde der Auffassung, daß, nachdem die Bautätigkeit derart gesteigert ist, keine Kontrolle nötig ist? Sollen erst Unglücksfälle eintreten? Sollen solche Häusereinstürze, wie wir sie in der letzten Zeit in Prag und Paris u. s. w. erlebt haben, auch in Bremen eintreten? Oder will die Bürgerschaft sich dafür einsetzen, daß der Schutz der Bauarbeiter genügend ausgestaltet wird? Hier muß vorgebeugt werden. Dazu führt nicht der Vorschlag der Behörde, der dahingeht, daß eine Aushilfskraft in den Zeiten angestellt wird, wo es nach Ansicht der Behörde

nötig ist. Diese Baukontrollleurstelle ist heute verwaist. Man hat schon versucht, ausbilsweise eine Person anzustellen. Diese Person hat aber abgelehnt, den Posten zu übernehmen, sodaß man, wie ich erfahren habe, seit gestern wieder zu einem anderen Modus gegriffen hat. Man hat einen Beamten, der anderswo abgebaut werden sollte, ausbilsweise eingesetzt, einen Beamten, der seit 20 Jahren in einem anderen Betriebe tätig gewesen ist, der also vom heutigen Bauen wenig versteht. Wir wünschen diese ausbilsweise Tätigkeit nicht, sondern wir wünschen eine feste Anstellung. Wir wissen, daß unsere Vertreter in der Finanzdeputation sich die größte Mühe gegeben haben, diese Stelle zu schaffen, und wir wissen, daß das Baupolizeiamt von der Notwendigkeit der Schaffung der zweiten Stelle überzeugt ist. Aber die Mehrheitsverhältnisse in der Finanzdeputation haben unseren Plan aus Sparsamkeitsrücksichten vereitelt. Wir werden deshalb erneut einen Antrag stellen, der dahinläuft, daß für die Zukunft der zweite Baukontrollleur einzustellen ist.

**Wenhold (D.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte für die Mehrheit der Finanzdeputation lediglich bemerken, daß es sich nicht um die Frage handelt, ob für die vorhandenen Bauten ein zweiter Baukontrollleur notwendig wäre oder nicht, sondern um die Frage, ob der Nachweis erbracht werden kann, daß eine Beamtenstelle — also eine Dauerstelle — dafür geschaffen werden muß. Die Finanzdeputation ist auch der Ansicht, daß eine vollamtliche Kraft angestellt werden muß, aber zunächst nur auf Privatvertrag, um festzustellen, ob die 2. Stelle dauernd erforderlich sein wird. Es besteht also kein wesentlicher Unterschied in der Auffassung der Finanzdeputation und der des Herrn Caspar.

#### Erziehungsbeihilfen für Schüler höherer Schulen.

**Hünecke (D.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben bei der Haushaltungsberatung nicht ohne Grund diesen Antrag gestellt. Wenn die 5000 *RM* nicht notwendig wären, hätten wir sie nicht beantragt. Wenn aber jetzt die Finanzdeputation 5000 *RM* an einer Stelle streichen muß, so wollen wir den Staat nicht ins Wanken bringen, indem wir darauf bestehen, die 5000 *RM* wiederzubekommen. Wir werden aber den Antrag stellen, daß die Bürgerschaft an Erziehungsbeihilfen den weiteren Betrag von 5000 *RM* bewilligt.

#### Stadttheater in Bremerhaven.

**Becké (D.):** Erbitten das Wort!

**Präsident:** Herr Becké, es liegt doch bereits Ihr Antrag vor, der in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommt! —

**Becké (D.):** Gut dann verzichte ich für heute!

#### Stipendien.

**Dr. Rossmann (S.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß unserem Bedauern Ausdruck geben, daß die Finanzdeputation in ihrer Mehrheit unserem Antrag auf Übergabe von Stipendien

nicht nachgekommen ist. Mir ist von unterrichteter Seite gesagt worden, daß demnächst in der Finanzdeputation ein Antrag kommen würde, der die Erhöhung der Stipendiensumme vorsehe, um den studierenden Volksschullehrern zu helfen. Bei dieser Gelegenheit werde die Möglichkeit sich ergeben, auf unseren Antrag zurückzukommen. Im Hinblick auf diese Tatsache glaube ich aber gerade vor der Bürgerschaft einige Ausführungen machen zu sollen, da es uns so scheint, als ob in der Finanzdeputation einige irriige Auffassungen zutage getreten sind. Der Antrag, den wir gestellt hatten, betrifft drei Arten auswärtiger Schulen: einmal die Wirtschaftsschulen, dann die Gewerbelehrerseminare und endlich solche gewerbliche Fachschulen, die in Bremen nicht vorhanden sind. In der Finanzdeputation scheint man sich besonders über die Wirtschaftsschulen nicht klar gewesen zu sein. In Preußen gibt es zwei Wirtschaftsschulen, die in Düsseldorf und die in Berlin. Das sind rein staatliche Schulen, die vom preußischen Staate unterhalten werden. Ich kann mitteilen, daß das Kuratorium der Wirtschaftsschule in Berlin sich zusammensetzt aus Herren der in Frage kommenden preußischen Ministerien und des Reichsministeriums des Innern. Schon die Zusammensetzung der Kuratorien der Anstalten gibt die Gewähr, daß eine parteiliche Ausnutzung der Wirtschaftsschulen nicht stattfinden kann, ganz abgesehen davon, daß auch die Zusammensetzung der Lehrkörper eine parteipolitische Ausnutzung verhindern würde.

Weiter ist gesagt worden, daß die Wirtschaftsschulen dazu dienen, den Nachwuchs der gewerkschaftlichen Beamten sicherzustellen. Das trifft auf 60 Prozent der Besucher zu, wie mir der Direktor der Wirtschaftsschule Berlin mitgeteilt hat, die übrigen 40 Prozent treten in die kommunale Praxis über, zum Teil auch in das auf Selbstverwaltung gegründete Versicherungswesen, wie Arbeitslosenversicherung und ähnliche Einrichtungen des Reiches. Aber selbst wenn wir der Tatsache gegenüberständen, die nicht vorhanden ist, daß die Wirtschaftsschulen nur dem Nachwuchs der Gewerkschaften dienen, so erlaube ich mir die Frage, ob heute nicht im gesamten Wirtschafts- und Staatsleben die Gewerkschaften eine derartige Rolle spielen, daß es für den Staat, auch für Bremen, von höchstem Nutzen wäre, wenn man diesen Gewerkschaftsführern auch die allerbeste Bildung zuteil werden ließe.

Das dieser Gesichtspunkt durchaus von Staat, Provinzen und Kommunen in Preußen geteilt wird, ergibt sich daraus, daß, wie mir der Direktor der Düsseldorfer Schule mitteilte, über 30 preußische Kommunen und zwei preußische Provinzen zu diesen Schulen auf ihre Kosten Schüler delegieren. Ich darf darauf hinweisen, daß auch unsere Schwesterstadt Lübeck einen Betrag für die Ausbildung von Wirtschaftsschülern in den Haushalt eingestellt hat.

Gestatten Sie mir, Herr Präsident, daß ich schließlich noch einen Vergleich ziehe. Aus unsern Hochschulstipendien zieht auch der Nachwuchs der evangelischen Kirche seinen Nutzen. Ich erlaube mir die Frage, ob der heutige Staat eine größere Ver-

pflichtung hat, für den Nachwuchs der Geistlichen oder für den von Gewerkschaftsbeamten zu sorgen? Wer diese Frage ohne Voreingenommenheit prüft, wird sie doch nur in dem Sinne beantworten können, daß die größere Verpflichtung hinsichtlich des Nachwuchses von Gewerkschaftsbeamten besteht.

Die zweite Art von Schulen, um die es sich hier handelt, sind die Gewerbelehrerseminare. Da ergibt sich aus der bisherigen Praxis der Stipendienkommission, daß junge Leute, die sich auf eine Lehrerstellung an höheren Schulen vorbereiten, Unterstützung aus dem Stipendienfonds bekommen, und daß es aller Wahrscheinlichkeit nach möglich werden wird, daß auch Studierende, die ihren Lehrberuf an Volksschulen ausüben wollen, vom bremischen Staat eine Unterstützung bekommen. Die zwischen diesen beiden Kategorien stehenden Gewerbelehrer bekommen aber nichts. Daß dies ein unhaltbarer Zustand ist, werden Sie mir zugeben müssen. Ebenso unhaltbar ist er aber auch unter dem Gesichtspunkte, daß zwar die Schülerinnen unseres hiesigen Gewerbelehrerseminars die Möglichkeit haben, sich beim Staat um ein Stipendium zu bewerben, daß aber ihre männlichen Kollegen, die auswärtige Anstalten besuchen müssen und deshalb viel größere Kosten haben, diese Möglichkeit nicht haben.

Als dritte Schularart haben wir die gewerblichen Fachschulen. Ich brauche hier in der Bürgerschaft, wo doch Vertreter der Wirtschaft in erheblicher Zahl vorhanden sind, keine weitere Ausführungen darüber zu machen, wie wesentlich es wäre, wenn z. B. die jungen Leute, die sich dem Uhrmacher- oder dem Optikergewerbe widmen, und deren Ausbildungsmöglichkeiten in Bremen deshalb nur mäßig sind, weil wir in Bremen in diesen Berufen nur Reparaturwerkstätten haben, die Möglichkeit hätten, auf eine der Uhrmacherschulen in Altona oder Glashütte oder auf die Optikerschule in Jena zu gehen. Daß man bei derartigen Entsendungen die nötige Vorsicht walten lassen müßte, daß dafür nur besonders Befähigte in Frage kommen könnten, das ist ja selbstverständlich. Aber auch hier wieder muß man die Parallele ziehen: es ist keinem Uhrmacher, der nach Altona oder Glashütte gehen möchte, möglich, eine staatliche Unterstützung zu bekommen, während andererseits ein Elektrotechniker oder ein Maschinenbauer, der hier auf den Technischen Staatslehranstalten seine Weiterbildung betreibt, vom Staat eine Unterstützung erlangen kann.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die ganze Sache aber auch noch unter einen andern, unter einen schulpolitischen Gesichtspunkt stellen. Es ist bei Gelegenheit der letzten Haushaltsberatung in der Bürgerschaft von Vertretern der höheren Schule wie von Vertretern der Volksschule Klage geführt worden einmal darüber, daß die höheren Schulen überlastet seien mit einem Ballast von Schülern, der gar nicht dorthin gehöre, und zum andern über das starke Abströmen von Schülern nach Absolvierung der vier Grundschuljahre von den Volksschulen in die höheren Schulen, sodaß die Volksschule in ihrer Oberstufe in die Gefahr komme, eine

Unbegabten- und Armenschule zu werden. Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser Gefahr, sowohl der Überlastung der höheren Schulen wie auch der Abwanderung aus den Volksschulen kann man wirksam nur begegnen durch einen sachgemäßen Ausbau des Berufs- und Fachschulwesens im Zusammenhang mit der Volksschule. Nur wenn es gelingt, den mehr praktisch begabten Schülern klar zu machen, daß sie auch über die Volksschule einen gut durchorganisierten Bildungsgang, der über die Berufs- und Fachschule bis zur Akademie, zur Handelshochschule und zur technischen Hochschule führt, zurücklegen können, auf dem sie ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg finden, wird es möglich sein, auch den andern Schulararten zu helfen. Dieser Gedanke ist durchaus keine rein persönliche Auffassung; er wird getragen und verfolgt von allen Berufsschulverwaltungen unserer deutschen Länder, speziell auch in Preußen.

Wenn dem aber so ist, dann wird man auch nicht umhin können, die Folgerung zu ziehen, daß dieser Weg, der gerade auch von den Minderbemittelten beschritten werden kann, mit denselben finanziellen Hilfen von Seiten des Staates ausgestattet werden muß, wie sie den Besuchern der höheren Schulen zu Teil werden. Deshalb bedeutet unser Antrag, wenn er angenommen werden sollte, einen kleinen Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer Rationalisierung der Schule.

Meine Damen und Herren! Ich fasse die Stellung meiner Fraktion dahin zusammen: wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß unser Antrag berechtigt ist und durchgeführt werden müßte, wobei die Höhe der Summe, die wir seinerzeit gefordert haben, eine gegriffene ist. Wir warten die weiteren Verhandlungen der Finanzdeputation ab und hoffen, daß das Ergebnis ein in unserm Sinne günstiges sein wird. Sollte das nicht der Fall sein, so würde meine Fraktion sich gezwungen sehen, einen Antrag in der gleichen Richtung erneut in der Bürgerschaft zu stellen.

#### Verband deutscher Jugendherbergen.

Hünecke (D. N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedaure außerordentlich, daß die Finanzdeputation auch diese Position abgelehnt hat mit der Begründung, daß bereits erhebliche Mittel für die Jugendherbergen aufgewandt worden seien. Nun, der Zweck dieser Bewilligung ist doch nicht der gewesen, die bremischen Jugendherbergen besser zu stellen, sondern der, Bremen in den Stand zu setzen, das auf diesem Gebiet nachzuholen, was es bisher versäumt hat. Wir haben diese 1000 RM lediglich als Beitrag für den Verband deutscher Jugendherbergen gedacht, um mitzuhelfen, auch in anderen Gegenden den Gedanken der Jugendherbergen zu verwirklichen. Wenn berücksichtigt wird, daß es eine Reihe von Gemeinden in Deutschland gibt, die pro Kopf der Bevölkerung 5 Pf. an diesen Verband abführen, so muß zugegeben werden, daß Bremen in dieser Beziehung sehr rückwärtlich ist und in Deutschland

einen Ruf genießt, der nicht gerade sehr günstig für uns ist.

Wenhold (D.) verzichtet.

Der Voranschlag für 1928 wird entgegengenommen.

## II. Sportanlagen am Peterswerder.

Jahn (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dieser Vorlage ist der finanzielle Zusammenbruch des Allgemeinen Bremer Turn- und Sportvereins ersichtlich. Die Entwicklung, die diese Angelegenheit in den letzten Jahren genommen hat, haben wir bereits früher aus Anlaß der Beratungen über die Uebernahme der Bürgerschaft für die Darlehen der Sparkasse durch den Staat vorausgesagt. Die Sportplatzanlage am Peterswerder wäre in ihrer früheren Form und in ihrer Wirtschaftsführung dem bürgerlichen Sport erhalten geblieben, wenn man damals unserer Forderung entsprochen hätte, und die Träger dieser Sportplatzanlage auf eine breitere Grundlage gestellt hätte. Aber es hat damals der bürgerliche Sportvereinsgeist gesiegt, und so mußte es in der weiteren Entwicklung zu dieser finanziellen Niederlage des A.B.T.S. kommen. Zu diesem Vereinsgeist ist dann weiter die allzu große Vertrauensseligkeit und die Rücksichtnahme auf Mitglieder des Vereins gekommen, soweit sie an dem Bau beteiligt gewesen sind. Es geht auch aus dieser Vorlage hervor, was wir bereits früher angeführt haben, daß der A.B.T.S. bei seinem Bau und seiner Wirtschaftsführung sehr schlechte Berater gehabt hat. Was übrig geblieben ist von all den Versprechungen, die uns in der Vergangenheit gemacht worden sind, ist, daß durch die Initiative des A.B.T.S. diese Sportplatzanlagen überhaupt geschaffen worden sind, und daß in diese Anlagen von Seiten der Mitglieder des A.B.T.S. viele persönliche, ideelle und materielle Werte hinein gesteckt worden sind.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in der Vergangenheit immer den Anträgen der Finanzdeputation in Bezug auf die Uebernahme der Bürgerschaften zugestimmt haben, so deshalb, weil wir nicht wollten, daß das einmal angefangene Projekt versacken sollte. Die Vorlage, die Ihnen heute vorliegt, bringt uns heute in eine ähnliche Situation. Wir haben uns nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, der Vorlage auch diesmal unsere Zustimmung zu geben. Bei dieser Vorlage gilt es keine besonderen sportlichen Interessen zu vertreten, sondern es handelt sich um eine rein finanzielle Angelegenheit, die zur weiteren Fortführung der vorhandenen Sportplatzanlagen zu regeln ist. Für den Staat ergäbe sich nach den Vereinbarungen, die abgeschlossen worden sind, nuncmehr die Notwendigkeit, die Sportplatzanlagen in eigene Regie zu übernehmen und zu diesem Zwecke sofort eine Million Reichsmark bereit zu stellen, zu verzinsen und zu amortisieren, und darüber hinaus in der Folgezeit nicht unerhebliche laufende Mittel für die Weiterführung, Unterhaltung und den Ausbau dieser Sportplatzanlagen auszuwerfen. Nach der Finanzlage des bremischen Staates glauben wir, daß für diesen Zweck diese Sanierung nicht tragbar ist.

Wir werden deshalb zwangsläufig der in dem Bericht vorgeschlagenen Zwischenlösung unsere Zustimmung geben, auch mit Rücksicht darauf, daß ja nach diesem Bericht die Sportplatzanlagen am Peterswerder nach 50 Jahren ohne Entschädigung in das Eigentum des Staates übergehen werden.

Meine Damen und Herren! Hoffentlich gelingt es dem zu gründenden gemeinnützigen Verein, daß er nun auch die Wirtschaftsführung so gestaltet, daß diese Anlagen nicht nur erhalten bleiben, sondern daß, wie notwendig, dieselben verbessert, ja überhaupt erst fertiggestellt werden. Es dürfte allgemein nicht bekannt sein, daß die Sportplatzanlagen noch nicht ganz fertig sind. Ich erinnere daran, daß die Errichtung der Stehtribünen noch erfolgen muß, daß der vordere große Übungsplatz aufgehöhht und spielfertig gemacht werden muß, daß selbst die Badeanstalt noch nicht ganz fertig ist, abgesehen von anderen notwendigen Verbesserungen, die unbedingt im Interesse der gesamten Anlage in der nächsten Zeit durchgeführt werden müssen. Aber wir wünschen auch, daß, wie in dem Bericht niedergelegt ist, es dem neuen Verein gelingen möge, die 1000 Mitglieder mit dem jährlichen Beitrage von 50 RM auf die Dauer von zehn Jahren zu gewinnen, um auch durch diese Maßnahme eine bessere finanzielle Grundlage und Sicherung zu finden. Es darf dabei unbeachtet bleiben, ob diese Mitgliedschaft sich aus Einzelmitgliedern oder aus korporativen Mitgliedern zusammensetzt.

In dem Bericht vermissen wir die Forderungen und Wünsche, die uns bereits in den Verhandlungen der Finanzdeputation und vom Kuratorium des A.B.T.S. zugesichert worden sind und die zunächst dahingehen, daß gemäß der finanziellen Beteiligung des Staates er auch eine entsprechende Vertretung in den Organen des neu zu gründenden Vereins zugesichert erhalten muß. Weiter vermissen wir in dem Bericht, daß auch in Zukunft unter der neuen Wirtschaftsführung anderen Sportvereinen und Sportverbänden und sonstigen Korporationen, d. h. der Allgemeinheit, diese Sportplatzanlage nach wie vor zu besonderen Veranstaltungen freigegeben wird. Wir bitten aber auch ferner, daß der zwischen dem gemeinnützigen Verein und der Finanzdeputation abzuschließende Vertrag der Bürgerschaft zur Kenntnis und Beschlußfassung vorgelegt wird. Das ist unbedingt notwendig mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, damit wir von vorneherein klar sehen, wie dieser Vertrag aussieht, um eventuell unsere späteren Maßnahmen entsprechend treffen zu können. Wir wünschen aber auch, daß in Zukunft diese Anlagen nicht nur dem A.B.T.S. allein zu täglichen Trainings- und Übungszwecken bereit stehen darf, sondern daß auf diesen Anlagen Raum und Zeit genügend vorhanden ist, um weiteren bremischen Sportvereinen Gelegenheit zu geben, sich auf den vorhandenen Plätzen sportlich zu betätigen. Das ist durchaus notwendig und kann bei einer zweckentsprechenden Organisation und Zeiteinteilung durchgeführt werden. Ich darf ferner die Meinung meiner Fraktion zum

Ausdruck bringen, daß bei der Verabschiedung dieser Vorlage wir selbstverständlich unsere Forderung auf Errichtung eines allgemeinen öffentlichen Stadions nicht fallen lassen. Wir sind uns bewußt, daß zu seiner Schaffung der gegenwärtige Zeitpunkt noch nicht geeignet ist, da die finanziellen und sonstigen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Aber wir werden zu gegebener Zeit auf diese Frage zurückkommen.

Unter allen diesen Gesichtspunkten und in Anbetracht der von mir gestellten Forderungen stimmen wir dieser Vorlage zu und bitten auch Sie zuzustimmen. Ich bitte ebenfalls den von mir gestellten Antrag anzunehmen, der folgendermaßen lautet:

Die Bürgerschaft stimmt der Vorlage mit der Maßgabe zu, daß der Abschluß eines entsprechenden Vertrages zwischen der Finanzdeputation und dem zu gründenden gemeinnützigen Verein der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Die Bürgerschaft erwartet ferner, daß der Staat in den Organen des gemeinnützigen Vereins seiner finanziellen Beteiligung entsprechend vertreten ist. Den Sportverbänden und -Vereinen, sowie sonstigen Verbänden muß die Sportplatzanlage zu den gleichen erträglichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.

**Hansen (K.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion lehnt diese Vorlage ab. (Zurufe.) Wenn man diese Vorlage betrachtet, so muß man sich wundern, wie es möglich war, an dieser Stelle mit staatlicher Hilfe für einen bürgerlichen Verein einen Sportplatz zu bauen. (Erneute Zurufe und zunehmende Unruhe.) Man muß feststellen, daß auch bei dieser Angelegenheit wieder einmal die Arbeiterinteressen nicht wahrgenommen werden. Mit zweierlei Maß wird gemessen. Die bürgerlichen Vereine wollen versuchen, aus dem Staate Geld herauszuziehen. Es wäre das richtigste, daß, wenn der Staat das Geld aufbringt, die Sportplatzanlage in eine allgemeine Anlage verwandelt wird. Wenn weiter geschrieben wird, daß ein Verein gegründet werden soll, der mindestens 1000 Mitglieder haben soll, und daß jedes Mitglied verpflichtet sein soll, auf 10 Jahre jährlich 50 *R.M.* zu bezahlen, so frage ich: Wer von den Proletariern soll sich festlegen, auf 10 Jahre jährlich 50 *R.M.* zu bezahlen? Von dem, was er heute verdient, kann das kein Arbeiter aufbringen. Keine 10 *R.M.* kann er abgeben. Mit hin werden es dieselben Mitglieder sein, die bisher das Geld verpulvert haben. Deshalb lehnen wir die Vorlage ab. Die Ausführungen von Herrn Zahn kann ich nicht unterschreiben. Ich hätte es lieber gesehen, wenn Herr Zahn auf seinem früheren Standpunkte stehen geblieben wäre. Ich möchte die Bürgerschaft ersuchen, unserem Antrage zuzustimmen,

daß die Sportplatzanlagen am Peterswerder in staatliche Regie übernommen werden.

**Schucht (Hb.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber der Sozialdemokratischen Partei

kann nicht der Vorwurf erspart werden, daß sie am Zusammenbruch des A.V.S. mitschuldig ist, denn Herr Zahn sagt, seine Partei habe den Zusammenbruch vorausgesehen, und trotz alledem hat es die Partei nicht unterlassen können, die vielen Nachbewilligungen zu genehmigen. Damit hat sich auch die Sozialdemokratische Partei eine gewisse Schuld zuzuschreiben. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Die Vorlage ist recht dürftig. Sie spricht immer von einem Ausschuss, der die Vorverhandlungen geführt hat, und davon, daß unter Führung dieses Ausschusses ein Verein gegründet werden soll, der unter Loslösung vom A.V.S. die vorhandenen Sportplatzanlagen übernehmen soll. Die Vorlage sagt auch, in welcher Weise der zu gründende Verein glaubt seinen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten nachkommen zu können. Ich glaube kaum, daß es dem zu gründenden Verein möglich sein wird, 1000 Mitglieder zu sammeln, (Benhold: Hat er schon!) die sich für die nächsten 10 Jahre verpflichten sollen, einen gewissen jährlichen Beitrag zu entrichten. Wenn jemand sich wirklich finden läßt, der eine solche Verpflichtung eingeht, so geht diese Verpflichtung nicht ohne weiteres auf die Rechtsnachfolger über, wenn der Betreffende mit dem Tode abgehen sollte. (Lachen links.) Auch hier wird also der Bürgerschaft etwas vorgesezt, was nicht bindend sein kann, und der Staat hat unter Umständen nach Verlaufe von so und soviel Jahren die Gelegenheit zu erklären, ob er weitere Gelder hineinstecken will oder ob er die Anlagen in Staatsregie übernehmen will. Auch geht aus der Vorlage nicht hervor, was mit den Sportplatzanlagen geschehen soll, wenn der zu gründende Verein seinen Verpflichtungen dem Staat gegenüber nicht nachkommen sollte. Es steht einfach in der Vorlage, daß vom 1. Oktober dieses Jahres ab die Anlagen auf 50 Jahre verpachtet werden und daß nach deren Ablauf das Eigentum an dem Grundbesitz an den Staat übergeht, oder wenn der Verein sich auflösen sollte. Nicht aber erhellt aus der Vorlage, was geschehen soll, wenn der zu gründende Verein demnächst seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei können wir nicht zustimmen, und zwar deshalb nicht, weil, wenn der Vertrag abgeschlossen ist, er nicht mehr einer Beschlußfassung durch die Bürgerschaft unterzogen werden kann. Der Antrag lautet nämlich, daß der Abschluß eines entsprechenden Vertrages der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Das heißt nach diesem Antrag: Der Staat soll den Vertrag abschließen, und wenn er abgeschlossen ist, soll die Bürgerschaft Beschluß fassen. Damit ist der Bürgerschaft nicht gebient. Die Bürgerschaft will vorher gefragt werden über die Einzelheiten und sie will mitwirken an dem Abschluß des Vertrages. Deshalb beantragen wir,

heute die Beschlußfassung über die Vorlage aussetzen und den Senat zu ersuchen, den Vertrag mit dem ins Leben zu rufenden Verein der Bürgerschaft vorzulegen.

Dann kann die Bürgerschaft prüfen, ob der Vertrag so abgefaßt ist, wie die Bürgerschaft sich ihn gedacht hat, oder ob die Bürgerschaft ihrerseits noch Zusätze zu dem Vertrag zu machen hat.

Im übrigen sind auch wir der Meinung, daß sämtlichen Vereinen und sämtlichen Verbänden die Genehmigung erteilt werden muß, die Sportplatzanlagen zu benutzen. Wenn wir aber den Vertrag nicht kennen, haben wir auch dafür keine genügende Gewähr.

Dr. Gebert (Brem. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An den Ausführungen des Herrn Schucht vermissen ich zunächst eins — — — (Zuruf links: die Logik!) Die vermissen ich öfter auch bei andern (Heiterkeit) —, daß er der Bürgerschaft nicht anheim gegeben hat, eine Lebensversicherung aufzunehmen für die Leute, die gelegentlich einmal sterben sollten. (Heiterkeit.) Ich glaube nämlich nicht, daß bloß der neugegründete Weser-Stadionverein sich dadurch auszeichnet, daß von seinen Mitgliedern vielleicht innerhalb der nächsten zehn Jahre einige einmal sterben könnten, sondern ich glaube behaupten zu können, daß man auch an andern Vereinen eine ähnliche Erscheinung beobachten kann.

Ich möchte mich zunächst mit der Frage der Vertagung befassen. Es ist eine alte Wahrheit, die sich auch heute wieder bewährt hat, die in der Auffassung zum Ausdruck kommt: ich habe bei diesem schönen Spiel nicht mitgespielt, dadurch ist mir etwas entgangen, und so muß ich nachträglich mitspielen! Ich kann diese Auffassung durchaus begreifen. Ich möchte hier aber doch mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen, daß die Herren, die bisher nicht mitgespielt haben und die sich um die Dinge stets erst zu kümmern pflegen, wenn diese Dinge in ein gewisses akutes Stadium hinein gekommen sind, von uns freundlichst gebeten werden, dann auch an die Stelle der Finanzgruppe zu treten, die die 600 000 *RM* aufgebracht hat, und die zehn Jahre lang 50 000 *RM* aus Mitgliederbeiträgen nicht nur garantiert, sondern auch ihrerseits bereits garantiert bekommen hat. Es wäre jedenfalls eine sehr dankbare Aufgabe für das Finanzgenie des Herrn Schucht, sich auch auf diesem Gebiet einmal zu betätigen.

Die Frage der Vertagung, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt für uns so, daß ich Ihnen namens der sogenannten Finanzgruppe erklären kann, daß wir einer Vertagung nicht zustimmen können, denn sie kostet uns ein gehöriges Stück Geld, das glatt hinausgeworfen werden würde. Wir haben leider durch die ganze Entwicklung, die diese Vorlage erfahren hat, den Oktobertermin, den wir uns für die Uebernahme gesetzt hatten, nicht innehalten können. Wir haben dadurch eine neue Zinsenlast, die sehr erheblich ist bei einem Objekt von über 800 000 *RM*, auf uns nehmen müssen, die das Projekt nicht gerade erleichtert, sondern sehr erschwert.

Nun möchte ich Sie einmal bitten, sich klar zu machen, wie die Dinge eigentlich liegen. Der ABSE.

hat seinerzeit diese Anlagen aus eigenen Mitteln zu schaffen begonnen. Ich kann nur die Darlegungen des Herrn Zahn bestätigen, die sich auf den geschichtlichen Werdegang beziehen. Ich muß Herrn Zahn auch bestätigen, daß die Sozialdemokratie seinerzeit und stets den Standpunkt vertreten hat, daß ihr diese Form der Gründung nicht recht und nicht genehm war. Ich gehe einen Schritt weiter und muß heute erklären, daß die Errichtung einer derartig großen Anlage für einen einzelnen Verein, wie sich heute erwiesen hat, wirtschaftlich unrichtig war. Es hat keinen Zweck, meine Damen und Herren, vor so klaren Tatsachen die Augen zuzumachen. Angesichts dieser Sachlage nun haben wir uns gefragt: was kann überhaupt noch geschehen, um die Anlagen auf die Dauer nicht nur zu erhalten, sondern sie so zu verwalten und erweitern, daß sie sich auch bezahlt machen. Das ganze war naturgemäß zunächst eine Geldfrage. Und da haben wir die Rechnung aufgemacht und gefragt: welche Folgen treten ein, wenn die Sache nicht jetzt auf eine neue finanzielle Grundlage gestellt wird? Die Folgen sind niedergelegt in dem Vertrage, den der bremische Staat als Bürgschaftsvertrag mit der Sparkasse abgeschlossen hat. Der Staat hängt an dem Objekt bezw. an seiner Bürgschaft mit 900 000 *RM*, die er auf den Tisch des Hauses legen muß. Und nun muß natürlich die Verzinsung dieser Summe auf die Dauer sichergestellt werden. Darüber hinaus müssen die laufenden Kosten von jährlich 100 000 *RM* aufgebracht werden, und da stellt sich die Sache so, daß wir für zehn Jahre die Garantie dem bremischen Staate geben dafür, daß wir 50 000 *RM* Mitgliederbeiträge jährlich aufbringen. 50 *RM* für den einzelnen ist eine ganze Menge, und ich weiß, daß ich im Sinne sämtlicher Herren der Finanzgruppe spreche, daß sie sehr bedauern, daß die Kommunisten dem Verein mit 50 *RM* nicht beitreten können; aber das läßt sich in diesem Falle nicht ändern. (Heiterkeit. Faust: Die können doch die nötigen Rubel aufbringen!)

Angesichts dieser Sachlage handelt es sich jetzt darum, ob Sie diesem Vertragsangebot, das aus den Interessen des bremischen Sports heraus und aus dem großen bremischen Allgemeininteresse, das ganz Bremen an dieser Anlage hat, geboren ist, Ihre Zustimmung geben wollen oder nicht. Und ich muß hier mit allem Nachdruck zum Ausdruck bringen, daß es für die Finanzgruppe tatsächlich eine unmögliche Zumutung ist, nachdem wir Monate lang eine Arbeit geleistet haben, von der die Herren, die die Sache heute hier kritisiert haben, sehr wenig Ahnung zu haben scheinen, in eine noch weitere Vertagung der Angelegenheit einzuwilligen und sie damit noch weiter dem Schicksal der Ungewißheit auszusetzen. Ich bitte, den Antrag auf Vertagung deshalb abzulehnen.

Es sind leider in den letzten Tagen in der bürgerlichen Presse verschiedene Artikel erschienen. Diese Veröffentlichungen sind derartig, daß ich mich darüber nicht auslassen kann. Nun ist es ja eine alte Wahrheit: wenn man vom Rathause kommt,

ist man klüger als wenn man hingehet. Das möchte ich auch auf die Bürgerschaft bezogen wissen, denn was für das Rathaus gilt, gilt mit Recht auch von der Bürgerschaft. Aber die Dinge liegen für uns nun einmal so, daß wir unter allen Umständen mit der ganzen Sache zu Ende kommen müssen, und da können wir uns in diesem entscheidenden Stadium nicht durch alle möglichen Querellen und alle möglichen Hintertreibungsversuche irgendwie beeinflussen lassen. Wir gehen in Deutschland langsam aber sicher an der Ueberorganisation der unnötigen Spitzenorganisationen und derer, die sich berufen fühlen, diese Spitzenorganisationen zu leiten, kaputt. Und daselbe gilt auch hier. Und wenn wir in der Sportbewegung nicht endlich dahin kommen, daß der Sportgeist entscheidet und nicht das Vereinsmeiertum, dann ist es um jede Minute schade, die hier mit einer solchen Aussprache vergeudet wird.

Nun zu den Ausführungen des Herrn Jahn. Soweit sie sich damit befassen, daß sie Sicherheiten für den Einfluß des Staates verlangen, stimmen wir zu. Ich würde es aber lieber sehen, wenn Herr Jahn sich entschließen könnte, seinen Antrag wie folgt zu ändern:

Die Bürgerschaft stimmt der Vorlage zu. Sie erwartet aber, usw.

Es müßten also die Worte, „Mit der Maßgabe usw.“ in Fortfall kommen, d. h., die Vorlage heute, um sie gänzlich zur Erledigung zu bringen, glatt verabschiedet werden. Zu dem Inhalt der Anträge des Herrn Jahn darf ich erklären, daß kein Zweifel darüber ist, daß genau so wie die Bürgerschaft Einsicht in die endgültige Fassung des Vertrages mit dem Weser-Stadionverein haben muß, sie auch ein berechtigtes Interesse daran haben wird, die ganze Entwicklung dieser Sache auf die Dauer in der Richtung gesichert zu sehen, daß sie weiß, daß Garantien dafür gegeben sind, daß für jeden, der sich dafür interessiert, im Rahmen der neuen Weser-Stadionanlage freier Raum zur Betätigung ist.

Im übrigen, Herr Präsident, darf ich bitten, über den Antrag Jahn getrennt abstimmen lassen zu wollen. Bezüglich des Punktes 2 des Antrages Jahn möchte ich zum Ausdruck bringen, daß durch die Zusammensetzung des Vorstandes und des Kuratoriums die Gewähr gegeben ist, daß der bremische Staat in diesem Unternehmen in dem weitesten Umfange durch berufene Vertreter vertreten ist. Ich darf mit Genehmigung von Herrn Senator Allerheiligen erklären, daß dieser von Herrn Hebe persönlich gebeten ist, in den engeren Vorstand einzutreten, und seine Bereitwilligkeit dazu erklärt hat. Und da wir Mitglieder der Bürgerschaft, die Herren Wenhold, Wuppesahl, Schurig und ich im Vorstand bzw. Verwaltungsrat als Privatpersonen vertreten sind, — es ist ein besonderes Glück, daß eine Privatperson manchmal etwas gestempelt ist, und es spricht dieses Mal sehr zu unseren Gunsten, daß Herr Wenhold, der Rechnungsführer der Finanzdeputation, mit dabei ist (Heiterkeit) —, so können Sie überzeugt sein, daß Sie glücklich beraten sind.

In diesem Sinne bitte ich, die Vorlage heute annehmen zu wollen.

**Tegtmeyer** (Brem. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den Ausführungen des Herrn Jahn kann ich sehr vieles unterstreichen. Die Art und Weise, wie seinerzeit das Projekt des A.B.S. betrieben worden ist, möchte ich nicht weiter erörtern; es ist jedenfalls recht traurig, wie damals verfahren worden ist. Ich entsinne mich, daß damals, als diese Vorlage an die Bürgerschaft geleitet worden ist, ein höherer Beamter sagte: Wenn ein armer Mann 1000 *R.M.* für sein Haus braucht, dann kann er Monate lang vergeblich herum laufen, wenn aber ein Verein für diesen Zweck eine Million haben muß, dann bekommt er das Geld sofort. Die partiische Geschäftsführung des A.B.S. spottet jeder Beschreibung; nachdem der A.B.S. jetzt berichtigt worden ist oder werden wird, kann man die Sache langsam vergessen. Es ist die Gewähr gegeben, daß bei dem neuen Verein, der die Anlagen in die Hand nehmen wird, eine durchaus neutrale Geschäftsführung vorhanden sein wird. Ich habe das Vertrauen zu den Herren der neuen Leitung, daß in diesem Sinne gearbeitet werden wird. Der Staat wird zweifellos ganz gewaltig dadurch entlastet werden, daß der neue Verein die Verwaltung der Anlagen übernimmt. Den Herren, die gewillt sind, finanzielle Opfer auf sich zu nehmen, ist es wirklich nicht zu verdenken, wenn sie im Falle einer Vertagung, die weitere 17 000 *R.M.* an Zinsen zur Folge haben würde, von dem Vertrage zurücktreten wollen. Ich empfehle deshalb dringend, die Vorlage heute anzunehmen.

Der Aussetzungsantrag Schucht wird abgelehnt. Der Antrag Hansen wird abgelehnt. Der Antrag Jahn wird in getrennter Abstimmung angenommen.

**Präsident:** Damit ist die Vorlage erledigt.

### III. Neubau eines Arbeitsamtsgebäudes.

**Senatskommissar:** Senator Kaiser.

**Präsident:** Es liegen hierzu folgende Anträge vor: Antrag Mienaber:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden für ein zu erbauendes Arbeitsamtsgebäude zu veranlassen, einen Wettbewerb unter den bremischen Architekten auszuschreiben.

**Antrag Depfen:**

Die Bürgerschaft überweist die Vorlage einem Ausschuss von 14 Mitgliedern mit der Aufgabe, zu prüfen:

1. ob es möglich ist, einen günstigeren Bauplatz ohne wesentliche Schädigung der Anlieger bereitzustellen;
2. ob der Aufsichtsbehörde gegenüber günstigere Bedingungen zu erreichen sind.

**Depfen** (D. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist auch meine Fraktion der Ansicht, daß die Zustände, wie sie beim Arbeitsamt herrschen, nicht mehr so weiter-

gehen können, daß hier endlich eine Abänderung getroffen werden muß. Wir können uns aber nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß der Plan, der uns heute vorliegt, unseren Ansprüchen und unseren Ansichten nicht genügt. Ich weise einmal darauf hin, daß eine ganze Reihe Anlieger geschädigt werden, die Eingaben sind Ihnen ja zu Ohren gekommen. (Zuruf links: Fauler Zauber!) Ich weise ferner darauf hin, daß die landwirtschaftliche Schule mit ihrem Versuchsgarten geschädigt wird. Der ganze Garten verschwindet, der vor kurzem mit großen Mitteln angelegt worden ist. (Zuruf links: Stimmt auch nicht!) Dieser Versuchsgarten kommt nicht nur den Landwirten zugute, sondern auch den Gärtnern und Apothekern. (Zuruf Schmidt.) Ich hoffe, daß Sie auch etwas aus diesem Garten gelernt haben. Wir müssen so etwas in Bremen haben. Die Frequenz der landwirtschaftlichen Schule von auswärts beweist, daß wir da auf der Höhe sind. Wir vermuten aber, daß es mit dem Garten anfängt und daß es dann nicht lange dauert und man sagt: Die Schule können wir dort auch nicht mehr brauchen. (Zuruf links.) Das scheint uns der Anfang vom Ende der landwirtschaftlichen Schule zu sein. Ich weise ferner auf die Sportplätze hin, die auch bedroht werden, diese sind auch mit schwerem Gelde angelegt.

Dann möchte ich einmal zu der finanziellen Seite des Geschäftes übergehen und fragen: Wie schneidet eigentlich der Bremer Staat dabei ab? Wir sollen leihweise 1,18 Millionen Reichsmark hergeben. Woher wir das nehmen, das hat uns in der Vorlage niemand verraten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Weiter: diese Hergabe wird mit 8 % verzinst. Wenn der Zinssatz fällt, so hat auch das Arbeitsamt bzw. die Reichsanstalt soviel weniger zu zahlen. Wenn aber der Zinssatz steigt, was dann geschieht, steht in der Vorlage nicht drin. Wahrscheinlich ist der bremische Staat dann wieder der Dumme.

Weiter ist merkwürdig, daß man den ganzen Bauplatz unentgeltlich hergibt. Man sagt uns aber nicht, wie hoch der Platz bewertet wird. Als Gegenleistung sollen wir das Haus an der Langenstraße haben und noch 10 300 *RM* dazu bezahlen. Weiter kommt hinzu, daß die Häuser, die hinzugekauft werden müssen, bis zu 125 000 *RM* entschädigt werden sollen. Man sagt aber nicht, wieviel diese Häuser kosten sollen. Also was über 125 000 *RM* geht, darf der bremische Staat ans Bein binden. Ehe wir nicht wissen, wie hoch die ganzen Kosten sind und wie sich das Geschäft zwischen dem Bremer Staat und der Reichsanstalt stellt, solange können wir der Vorlage nicht zustimmen. Wir sind überzeugt, daß bedeutend bessere Plätze zu finden sind (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Teufelsmoor!) unter Schonung der Anlagen, die der Staat vor wenigen Jahren erst ausgeführt hat. Wir sind heute nicht in der Lage, ohne weiteres 1,18 Millionen wegzuschmeißen, ohne zu wissen, wie wir sie wiederbekommen. Wenn wir in einer anderen Finanzlage steckten, als wir sie

leider haben, dann wäre das viel leichter. Aber wir sollten uns doch überlegen, ob wir ohne weiteres solche Summen bewilligen, wenn wir bessere Baupläge bekommen können und günstigere Bedingungen gegenüber der Reichsanstalt. Deshalb bitte ich, meinem Antrage zuzustimmen und die Vorlage einem Ausschusse von 14 Mitgliedern zu überweisen.

**Jahn (S.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bürgerschaft vom Jahre 1926 war auf Antrag meiner Fraktion der Neubau eines Arbeitsamtsgebäudes mit vorgesehen. Die Vorlage, die nach unserer Meinung endgültig heute verabschiedet werden muß, ist mithin nur eine Folge des damals gefaßten Beschlusses der Bürgerschaft zum Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wir bedauern außerordentlich, daß die Vorlage nicht schon viel früher der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorgelegt worden ist, damit endlich einmal die unhaltbaren Zustände in der Unterbringung des Arbeitsamtes und in der Betreuung der Arbeitslosen beseitigt werden. Wir verkennen allerdings nicht, daß sehr langwierige Verhandlungen im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes sowie in den einzelnen Deputationen notwendig gewesen sind, das ferner im letzten Stadium der Entwicklung sehr schwierige Verhandlungen mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin, sowie mit dem Landesarbeitsamt in Hannover notwendig waren. Aber trotzdem wäre eine einigermaßen beschleunigte Behandlung in den einzelnen Deputationen und Körperschaften erforderlich und wünschenswert gewesen, damit diese Vorlage hätte früher vorgelegt werden können. Es ist deshalb sehr erfreulich festzustellen, daß mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in den Senat diese wichtige Frage besonders gefördert worden ist. Wir begrüßen allgemein diese Vorlage und glauben, daß auch die gesamte Bürgerschaft gegen dieses Projekt an sich nichts einwenden wird.

Was sachlich zu dieser Vorlage gesagt werden kann, das ist aus dem vorliegenden Bericht zu ersehen. Ich will darauf hinweisen, daß gerade in Bremen in den letzten 10 Jahren sehr viele Gelegenheiten zur Schaffung eines Arbeitsamtsgebäudes verpaßt worden sind. (Sehr richtig! links.) Es wäre nicht zu verantworten, wenn durch irgend welche Verschleppungspolitik und Verschleppungsmaßnahmen dieses Projekt zu Fall käme. Die gegenwärtigen Zustände beim Arbeitsamt sind, wie auch Herr Deplen gesagt hat, seit Jahren unhaltbar und es muß geradezu verwundern, daß in den letzten Jahren, besonders in den schweren Krisen Jahren keine größeren Störungen und Unruhen unter den Arbeitslosen in den Räumen des Arbeitsamtes ausgebrochen sind. Das zeugt von einer beispiellosen Disziplin der Arbeitslosen, die wir nur den freien Gewerkschaften zu verdanken haben.

Die Verhältnisse erheischen auch insofern eine baldige Aenderung der räumlichen Unterbringung des Arbeitsamtes, als bekanntlich seit dem 1. Oktober

dieses Jahres der Arbeitsamtsbezirk Bremen eine wesentliche Vergrößerung erfahren hat. Der Arbeitsamtsbezirk Bremen erstreckt sich nicht mehr wie bisher nur auf das Stadt- und Landgebiet Bremen. Es sind seit dem 1. Oktober hinzugekommen Amt und Stadt Delmenhorst, Stadt Beesack, die preußischen Landkreise Osterholz-Scharmbeck, Blumenthal, Zeven, Rotenburg, Achim, ferner Theedinghausen und die Gemeinden Brinkum, Leeste und Kirchweyhe des Landkreises Syke. Dieser vergrößerte Arbeitsamtsbezirk erfordert naturgemäß auch dafür geeignete und zweckentsprechende Räume. Es ist erfreulich, daß sich die bremische Wirtschaft mit dafür eingesetzt hat, daß dieser wirtschaftlich zusammengehörige Bezirk zu einem Arbeitsamtsbezirk mit dem Sitz in Bremen vereinigt worden ist. Weil dem so ist, haben wir gemeinsam die Aufgabe, die erforderlichen Räume zur Unterbringung dieses Amtes zu schaffen. Aber auch im Interesse einer rationellen Betriebsführung des Arbeitsamtes ist es unbedingt notwendig, daß die zweckentsprechenden und geeigneten Räume baldig geschaffen werden. Im Interesse einer vernünftigen und erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik ist die Verzögerung in der Ausführung dieses Projektes für die beteiligten Kreise nicht mehr tragbar.

In der vorgeschlagenen Finanzierung erblicken wir im Gegensatz zu Herrn Deplen eine für den bremischen Staat durchaus erträgliche Lösung. Die Paragraphen 231 und 232 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finden in dieser Vorlage sinngemäße Anwendung unter Ausnutzung aller Vorteile, die durch die Bestimmungen dieses Gesetzes überhaupt nur möglich sind.

Sollte der Bau aber weiter verzögert, oder auf einer andern finanziellen Grundlage gewünscht werden, dann steht mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß die Reichsanstalt in Berlin von dem bis jetzt mit dem bremischen Staate getätigten Abmachungen zurücktritt. Der Bau eines Arbeitsamtsgebäudes in Bremen wäre dann für die nächsten 10 Jahre unbedingt erledigt. Die Reichsanstalt in Berlin würde nunmehr verlangen müssen, daß die hierfür erforderlichen Mittel in den ordentlichen Etat der Reichsanstalt eingestellt werden. Das ist nach dem bisherigen Stande und den Dispositionen der Reichsanstalt vor dem Jahre 1932 nicht zu erwarten. Wir lehnen deshalb auch aus diesem Grunde eine Verschleppung dieser sachlich begründeten Vorlage ab. Daran hindert uns als sozialdemokratische Fraktion auch nicht der Sturmlauf, der in den letzten Wochen gegen den Bau des Arbeitsamtsgebäudes von gewisser Seite in Szene gesetzt worden ist. Meine Damen und Herren! Alle diese vielen Einwendungen sind nach unserer Meinung und nach sachlicher Prüfung der Verhältnisse unbegründet und deshalb durchaus gegenstandslos. Zunächst wird gegen die Lage des Platzes protestiert, auf dem das Arbeitsamtsgebäude errichtet werden soll. Ich darf hier vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß gerade die Lage des

Platzes von den zuständigen Deputationen bereits vor zwei Jahren eingehend geprüft worden ist. Allen Interessenten ist Gelegenheit gegeben worden, sich zu der Platzfrage zu äußern. Die gemachten Einsprüche sind von den zuständigen Stellen nachgeprüft worden und mußten nach erfolgter Prüfung aus sachlichen Gründen abgelehnt werden. Der Platz Doventorssteinweg/Bürenstraße, auf welchen das neue Gebäude hinkommen soll, hat bereits vor zwei Jahren die einstimmige Zustimmung der damaligen Regierungsparteien gefunden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist deshalb recht eigenartig, wenn heute, kurz vor Verabschiedung dieser Vorlage, in diesen selben Kreisen eine andere Meinung aufgetaucht ist. In den Protesten wird ferner angeführt, daß durch den Bau des Arbeitsamtsgebäudes die bremischen sportlichen Belange verletzt würden. Ich weise darauf hin, daß die Behörde für Leibesübungen und Jugendpflege, die staatliche Vertreterin der bremischen Sportverbände, dieser Vorlage zugestimmt hat. (Hört, hört! links.) Es hätte nur eines telephonischen Anrufs seitens der protestierenden bremischen bürgerlichen Sportvereine beim Amt für Leibesübungen bedurft, um sich dort die nötige Aufklärung zu holen. Fest steht, meine Damen und Herren, daß von dem vorhandenen Sportplatz auf dem ehemaligen Doventorsfriedhof nicht ein einziger Quadratmeter durch den Bau des Arbeitsamtsgebäudes in Anspruch genommen werden wird. Ich habe die Auffassung, daß keiner der protestierenden Vereine überhaupt gewußt hat, zu welchem sauberen Zwecke sie sich dabei haben mißbrauchen lassen. Uebrigens haben sich bezeichnenderweise zwei Vereine, die ebenfalls an diesen Sportplätzen beteiligt sind, und zwar die Sportabteilung des Zentralverbandes der Angestellten und die Sportabteilungen der Gewerkschaftsjugend Bremen, von diesen Protesten ferngehalten, weil sie sich vorher unterrichtet haben, und wußten, daß all das, was man dort in die Welt hinaus posaunt, überhaupt nicht zutrifft.

Die Sache wird aber noch schlimmer insofern, als von diesen Protestlern jetzt Plätze angeboten werden, wobei tatsächlich die sportlichen Belange Bremens gefährdet würden, wenn auf diesen Plätzen ein Arbeitsamtsgebäude errichtet wird. Ich erinnere Sie daran, daß von den bürgerlichen protestierenden Vereinen Plätze vorgeschlagen wie am Schlachthof, an der Eickendorferstraße, am Torstkanal usw., alles Plätze, auf denen allerdings Arbeitersportvereine dominieren. (Hört, hört! links.) Werden diese Plätze weggenommen, dann sind tatsächlich die sportlichen Belange gefährdet. Meine Damen und Herren! Das ist das wahre Gesicht der Vertretung sportlicher Belange durch die bremischen Bürgervereine.

Meine Damen und Herren! Dann ist weiter die Rede gewesen von der Beeinträchtigung kirchlicher Interessen. (Huhu!-Rufe links.) Ich darf Ihnen verraten, daß die Kirchen und die kirchlichen Handlungen durch die Arbeitslosen in keiner Weise ge-

fährdet sind. Während der Dienststunden des Arbeitsamts, die im wesentlichen in der Zeit von 8 bis 1 Uhr liegen, finden gar keine oder nur sehr wenige kirchliche Handlungen statt. Ich wüßte sonst nicht, welche Befürchtungen die Kirche zu diesem Protest geführt hat. Sie hätte doch alle Ursache, dem Gotteswort zu folgen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ oder: „Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid!“

Verständlich sind die Bedenken der Anlieger, die da glauben, daß durch den Bau des Arbeitsamtsgebäudes eine Entwertung ihrer Grundstücke, oder sonstige Störungen eintreten werden? Meine Damen und Herren! Es ist bis jetzt noch nicht nachgewiesen, daß durch die Arbeitsamtsgebäude in der Langenstraße, in der Holzstraße und in der Grünenstraße eine Entwertung der dortigen anliegenden Grundstücke stattgefunden hat. Es ist uns auch nicht bekannt, daß durch den Bau von Arbeitsamtsgebäuden in anderen Städten eine solche Entwertung von Grundstücken eingetreten ist. Wir glauben deshalb ganz bestimmt, daß dieser Einwand auch für Bremen hinfällig sein wird. Nun wird befürchtet, daß sonstige Störungen durch den Verkehr der Arbeitslosen in der Umgebung des Arbeitsamtsgebäudes zu erwarten sind. Ja, meine Damen und Herren, solche Einwendungen können natürlich überall und für jede Gegend vorgebracht werden, wo ein Arbeitsamtsgebäude errichtet werden soll, und wir würden, wollten wir diesem Protest nachgehen, überhaupt zu keinem Arbeitsamtsgebäude kommen. Hier können wir keine Rücksicht nehmen, selbst wenn es sich um einen Schriftleiter der Bremer Nachrichten handelt. (Heiterkeit.) Aber gerade die Lage dieses Platzes sichert einen reibungslosen Verkehr mit den Arbeitslosen, denn der Zugang kann von vier Seiten erfolgen. Hinzu kommt, daß in dem neuen Gebäude durch die ganze Organisation, durch die Zeiteinteilung und Raumanordnung der Verkehr der Arbeitslosen so unsichtbar wie möglich sich abwickeln wird.

Meine Damen und Herren! Was die Architektur des neuen Arbeitsamtsgebäudes betrifft, so mögen sich die Unzufriedenen bei den bauenden Behörden bedanken; über den Geschmack läßt sich bekanntlich streiten. Ich will es mir auch versagen, auf die Zwiebelkuchen- und die Gänseblümchenkulturen der landwirtschaftlichen Schule einzugehen (Heiterkeit), auf die Herr Depken eingegangen ist. Hier gilt es doch höhere und wichtigere Interessen zu vertreten als diese Sonderinteressen.

Bedauerlich ist selbstverständlich, daß infolge dieses Neubaus einige Häuser abgebrochen werden müssen. Aber ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch bei anderen Gelegenheiten, wo es sich ebenfalls um Neubauten handelte, Häuser niedergelegt werden mußten. (Zuruf: Nordwolle!) Sehr richtig! Beim Neubau der Nordwolle ist ein ganzes Wohnviertel niedergelegt worden, und bei einem Kirchenbau in der Neustadt wird ebenfalls ein Wohnhaus niedergelegt. So bedauerlich das in diesem Falle auch ist, so erfordern die Belange des

Arbeitsamts eben diese Erweiterung. Und es ist doch selbstverständlich, daß diejenigen, die durch den Abbruch der Häuser wohnungslos werden, anderswo Wohngelegenheit bekommen müssen.

Fassen wir alle Gründe zusammen, so komme ich mit meinen Freunden zu dem Schluß, daß es sich bei den allermeisten dieser Proteste um eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Einrichtung des Arbeitsamtes überhaupt handelt. Die Angriffe auf den Bau des Arbeitsamtsgebäudes, die in den letzten Wochen und Monaten erfolgt sind, ist Bürgervereinspolitik im übelsten Sinne. Die Parteien des Hauses sollten es sich verbitten, in solchen Fragen vor den Wagen der Bürgervereine gespannt zu werden. Wundern darf es nicht, daß die SPD. diese Laternenpfahlpolitik durch ihren Herrn Priemer unterstützt hat. Den letzten Funken Kredit hat sie dadurch bei der Arbeiterschaft verloren. Die Arbeitnehmerschaft und die Arbeitgeberchaft soweit sie insbesondere durch den Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes vertreten wird, erwarten heute von der Bürgerschaft in Bezug auf den Neubau des Arbeitsamtsgebäudes eine endgültige Entscheidung im zustimmenden Sinne. Wir empfehlen deshalb, meine Damen und Herren, dringend die Annahme der Vorlage, damit mit dem Bau des Arbeitsamts endlich begonnen werden kann und die Arbeitslosen in der schweren Zeit der Arbeitslosigkeit in zweckentsprechender Weise untergebracht und betreut werden können. Damit aber auch das Arbeitsamt auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der Berufsberatung seine Aufgaben in geordneter Weise erledigen kann und das nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerschaft, sondern im Interesse der gesamten bremischen Wirtschaft.

**Fritz Becker (R.):** Meine Damen und Herren! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Laß doch Priemer reden!) Es spielt absolut keine Rolle, wer bei uns redet. (Schallendes, lang anhaltendes Gelächter im ganzen Hause. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Auch meine Fraktion ist der Auffassung, daß endlich ein Beschluß vom Jahre 1926 verwirklicht werden muß. Aber man hat sich bisher — und das betrifft auch die Sozialdemokraten — immer nur auf Berichte beschränkt. In dem Saustall in der Langenstraße geht es nicht mehr und der Druck der Arbeitslosen wird so stark, daß etwas getan werden muß, wenn man sich nicht lächerlich machen will. Das hat absolut nichts mit der Koalitionsregierung zu tun. Die SPD. hatte auch früher die Möglichkeit, ihren Beschluß durchzuführen. Aber sie sagt sich: Wenn wir einen Beschluß gefaßt haben, dann genügt das vorläufig. Dann kann man der Arbeiterschaft sagen: Wir tun doch etwas für Euch; und wenn es auch nur mit Worten ist. — Jetzt setzt der Druck der Arbeiterschaft ein und die Sozialdemokratie muß, ob sie will oder nicht, den Beschluß durchführen, wenn sie nicht den ganzen Kredit, den sie vielleicht bei den Arbeitslosen noch hat, (Gelächter bei den Sozialdemokraten) verlieren will. Es wäre zu wünschen, daß Herr Zahn

sich immer so für die Arbeitslosen einsetzte, wie er es hier für das Arbeitsamtsgebäude durch seine Reden getan hat. Dann würde auch die sozialdemokratische Partei noch etwas Kredit bei den Arbeitslosen haben. (Erneutes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Jetzt hat sie keinen.

Meine Fraktion ist der Auffassung, daß der Bau des Arbeitsamtsgebäudes nicht verschleppt werden darf, sondern daß es höchste Zeit ist, daß es endlich gebaut wird. Wir sind auch der Meinung, daß der Platz an der Bürenstraße der geeignetste Platz sein wird, den wir innerhalb der Stadt haben. Das Arbeitsamtsgebäude darf auf keinen Fall außerhalb der Stadt gebaut werden, sondern es muß innerhalb des Stadtinneren liegen.

Ich bin der Ansicht, daß der Antrag, betreffend Wettbewerb überflüssig ist, weil bekannte Herren der Baubehörde und des Arbeitsamtes und ein Organisationsvertreter des Baugewerksbundes sich die Arbeitsamtsgebäude in Deutschland angesehen haben. Wir haben allerdings bis heute noch keinen Bericht über diese Reise. Das schlummert noch. Es scheint, als ob die Herren keinen besseren Vorschlag gefunden haben, und ich glaube nicht, daß ein Ideenwettbewerb notwendig ist.

Betreffend die Finanzierung möchte ich folgendes sagen: Wenn die Rechte sagt, daß die Finanzierung ungünstig ist, so sage ich: sie ist günstig gegenüber dem, was man hier schon an Finanzierungen vorgenommen hat. Man hat Industriewerke finanziert, denen man das Geld geschenkt hat. Man hat Summen ausstehen, von denen man nicht weiß, ob ein Pfennig wieder hereinkommt, und die bremischen Steuerzahler müssen diese Mittel aufbringen. Ich glaube, daß die Finanzierung des Arbeitsamtsgebäudes günstiger ist als die Subventionen, die an andere Betriebe vergeben worden sind. Der von Herrn Depken beantragte Ausschuß soll den Zweck haben, die Geschichte zu liquidieren. Weiter will Herr Depken damit nichts. Damit sind wir nicht einverstanden. Wenn er aber den Bau fördern soll, dann werden wir selbstverständlich dem Ausschuß zustimmen. Wir glauben aber nach den Ausführungen von Herrn Depken nicht, daß der Ausschuß den Bau fördern soll. Deshalb können wir ihm nicht zustimmen. Wir wissen, daß die Kirchengemeinde dahintersteckt. Die will das Arbeitsamtsgebäude dort nicht haben. Die Kirchengemeinde hat alles mobil gemacht, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß das Arbeitsamtsgebäude dort nicht gebaut werden kann, aus Gründen, die natürlich nebensächlich sind. Wir stimmen der Vorlage, wie sie uns vorliegt, zu.

**Wenhold (D.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage der Errichtung eines Arbeitsamtsgebäudes in Bremen ist weder für die Bürgerschaft, noch für die Öffentlichkeit eine Ueberschuldung, sondern für alle diejenigen, die diesen Dingen etwas Interesse bezeugen, stand es schon seit drei Jahren fest, daß ein solches Gebäude errichtet werden mußte. Es ist auch bezeichnend,

daß sich in den Beschlüssen des Ausschusses für das Notstandsprogramm Einigkeit bei allen Gruppen bezüglich seiner Errichtung ergab. Deshalb ist es zu bedauern, daß die Vorverhandlungen solange gedauert haben, daß die Vorlage der Bürgerschaft erst jetzt zugeleitet wird. Darum stimmen wir grundsätzlich der sofortigen Errichtung des Arbeitsamtsgebäudes zu.

Nun ist darauf hingewiesen worden, daß die Abmachungen, wie sie zwischen der Reichsanstalt und Bremen getroffen sind, nicht besonders günstig seien. Ich glaube, wenn man die gesetzlichen Bestimmungen kennt, nach denen Gebäude, die bereits für Zwecke des Arbeitsamtes benutzt worden sind, auf das Reich übergehen müssen, — wie das also auch in Bremen geschehen wäre, — dann muß man zugeben, daß die vorgeschlagene Lösung manches Bestechende hat, zumal sie die Möglichkeit gibt, ein neues Gebäude nach unseren Wünschen zu errichten und daneben die freie Verfügung über die bisher benutzten Gebäude zu günstigen Bedingungen zurückzuerhalten. Also insofern steht der Zustimmung zu der Errichtung des Arbeitsamtsgebäudes nichts im Wege.

Einzig die Frage des Platzes hat in den letzten Wochen einen gewissen Sturm in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Welche Wellen dieser Sturm geschlagen hat, ist schwer zu ermessen. (Zuruf links.) Herr Schulze, es ist aber nicht richtig, in einer solch abfälligen Weise über diejenigen, die ihre Bedenken gegen den Platz zum Ausdruck gebracht haben, zu urteilen, wie Herr Zahn es getan hat. Man sollte auch als Regierungspartei nicht empfindlich werden, sondern sollte sich überlegen, daß die Bevölkerung das Recht hat, gegenüber den Vorlagen der Regierung und den Beschlüssen des Parlamentes seine Kritik zu üben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ich muß gestehen, daß es durchaus keine wünschenswerte Erscheinung ist, wenn sowohl die Regierungen als auch die Parlamente zu der Ueberzeugung kämen, daß sie unfehlbar seien. Auch vom Standpunkt des überzeugtesten Anhängers des parlamentarischen Systems ist es notwendig, daß die Kritik der Öffentlichkeit an den Maßnahmen der Regierungen und Parlamente erhalten bleibt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist nur die Frage, inwieweit diese Kritik berechtigt ist. Das ist der entscheidende Punkt. Man kann das Maß der Berechtigung einer solchen Kritik nicht feststellen, wenn man sich persönlich empfindlich zeigt und sie mit einer Handbewegung abtut. Man kann die Berechtigung nur dadurch ermessen, indem man die erhobenen Einwände sachlich prüft. Wir sind der Auffassung, daß der Weg einer solchen Prüfung ruhig gegangen werden kann, zumal zeitlich nichts verloren und sachlich sicherlich mancherlei gewonnen wird. Der Weg, den Herr Depken vorgeschlagen hat, scheint uns nicht richtig zu sein. Wenn sich ein bürgerschaftlicher Ausschuß mit Platzfragen befassen soll, so ist das nicht zweckmäßig. Wir haben die Deputation für Stadterweiterung, die die Plätze und die Pläne kennt, die mit der Erweiterung der

Stadt verbunden sind, die also die nötige Sachkunde hat. Es ist weiter erwünscht, daß in einem besonderen Ausschuß nicht Angaben gemacht zu werden brauchen über die Verwendung von Plätzen, die im Interesse des Grunderwerbs besser geheim gehalten bleiben im Schoße der zuständigen Deputation. Ferner glaube ich nicht, daß die Frage der Finanzierung des Baus in einem Ausschuß erfolgreicher behandelt werden kann, wie es bisher durch den Senat geschehen ist.

Ich möchte deshalb die Bürgerschaft bitten, einen Antrag anzunehmen, der sich schon heute grundsätzlich mit der Errichtung des Arbeitsamtsgebäudes einverstanden erklärt und sich damit gegen jede Bewegung wendet, die die Errichtung auf die lange Bank schieben will, der daneben aber fordert, daß die Deputation für Stadterweiterung bis zur nächsten Sitzung prüft, ob geeignetere Plätze in Bremen vorhanden sind. Wenn bessere vorhanden sind, haben wir alle das Interesse, sie ausfindig zu machen. Ist die Prüfung negativ, wird nichts übrig bleiben, als der Errichtung des Arbeitsamtes auf den vorgeschlagenen Plätze zuzustimmen.

**Präsident:** Der Antrag Wenhold lautet:

Die Bürgerschaft erklärt sich grundsätzlich mit der Errichtung eines Arbeitsamtsgebäudes einverstanden, setzt jedoch die endgültige Beschlußfassung über die Vorlage aus und ersucht den Senat vorab, die Deputation für Bauwesen und Stadterweiterung zu beauftragen, unverzüglich zu prüfen, ob ein besser geeigneter Platz verfügbar ist, und hierüber der Bürgerschaft bis zum 1. Dezember ds. Js. zu berichten.

**Senator Kaiser:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es liegen, wie ich gehört habe, zwei Anträge vor. Einmal der Antrag Depken, der die Vorlage hinauschieben, beziehungsweise an einen Ausschuß verweisen will, der die Sache noch einmal prüfen soll. Dieser Ausschuß würde letzten Endes bezwecken, daß diese Vorlage nicht zur Ausführung kommen kann, denn der Antragsteller vergißt, daß wir nicht allein bauen, daß ein zweiter dazu gehört: das ist die Reichsanstalt. Das würde neue Verhandlungen bedingen und bei der bekannten Langsamkeit der Verhandlungen, die man mit dem Reiche zu führen hat, wird es schwer sein, schnell zu einem Abschluß zu gelangen, wenn wir überhaupt zu einem Beschluß gelangen. Die Dinge liegen so — ich weiß das zufällig aus den Verhandlungen in Berlin — daß eine ganze Reihe von Städten jetzt, wo die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung eingerichtet worden ist, Anträge auf Neubauten stellen. Es sind überall andere organisatorische Zusammenlegungen erfolgt, es haben sich, wie uns versichert wird, an vielen Orten Notwendigkeiten auf Neubauten herausgestellt, die unsern eigenen Nöten weit voran gehen. Das Reichsamt ist also für die nächsten Jahre so gut mit neuen Anträgen versehen, daß es gar nicht daran denkt, von sich aus in Bremen einzugreifen. Es würde also so kommen,

daß Bremen als letzter Antragsteller ganz zuletzt auf der Liste eingetragen wird, sodaß wir Jahre lang warten müßten, ehe unser Plan verwirklicht wird.

Außerdem spricht noch etwas anderes gegen die Vertagung. Vor zwei Jahren bereits hat die Bürgerschaft beschlossen, ein solches Gebäude zu errichten. In gemeinschaftlicher Arbeit zwischen Senat und Bürgerschaft wurde dieses Projekt dann ausgearbeitet, in den Deputationen ist die Platzfrage geklärt und nach einstimmiger Zustimmung der Finanzdeputation ist an die Ausarbeitung der Vorlage herangegangen worden. Sie wurde in der Deputation für das Arbeitsamt beraten, ist dann an den neuen Verwaltungsausschuß gegangen und an die Finanzdeputation und hat dort einstimmige Zustimmung gefunden. Es ist also immer im engsten Konnex von Senat und Bürgerschaft gearbeitet worden. Deshalb kann ich nicht verstehen, warum nun diese Vorlage wiederum an einen Ausschuß verwiesen werden soll. Dieses Recht kann aus den bisherigen Verhandlungen nicht hergeleitet werden. Ja, wenn es sich um eine Vorlage handelte, die der Senat von sich aus allein der Bürgerschaft unterbreitet hätte, dann hätte man sich damit abfinden müssen; diese Vorlage entspringt aber doch der gemeinsamen Arbeit von Senat und Bürgerschaft und bedarf deshalb keiner Ausschußberatung mehr.

Zum andern ist es so, daß auch die Antragsteller gar kein Recht haben, einen solchen Antrag zu stellen, denn sie sind doch als frühere Regierungspartei über die Platzfrage in jeder Hinsicht unterrichtet. Sie haben sich damals in den zuständigen Kommissionen stets mit für diesen Platz entschieden und müßten deshalb auch jetzt für diese Vorlage zum letzten eintreten.

Es kommt aber weiter in Frage: wenn Senat und Bürgerschaft gemeinsam eine Vorlage bearbeiten und sich einigen und dazu übergehen, schon gewisse finanzielle Ausgaben in die Wege zu leiten, dann liegt doch auch für beide Teile eine bestimmte Verantwortung vor in der Richtung, nunmehr auch für die Vollendung des einmal begonnenen Werkes zu sorgen. Schon aus diesen Gründen also ist der Antrag Depken unmöglich, und ich muß mich entschieden gegen ihn wenden. Nun will der Antrag Wenhold, daß die Platzfrage noch einmal in der Deputation für Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung verhandelt wird. Diese Platzfrage ist, wie ich persönlich sehr gut weiß, schon sehr oft besprochen worden, die Klagen der Anlieger wurden geprüft, und in neuerer Zeit sind wiederum Vorschläge erfolgt. Es kann ja schließlich noch einmal versucht werden, die Platzfrage zu untersuchen; daß etwas anderes dabei herauskommen wird, glaube ich allerdings nicht.

Wenn man die Klagen der Anlieger durchgeht, so ist ein Einwand berechtigt: die Klosettanlagen auf dem Hofe. Die können aber verlegt werden. Es ist vielleicht auch zu erwägen, zwischen dem Arbeitsamtsgebäude und den Häusern der Anlieger

etwas mehr Zwischenraum zu schaffen. Das waren aber auch die einzigen berechtigten Wünsche, denen nachgekommen werden kann. Was sonst noch vorgebracht worden ist, ist nicht als berechtigt anzuerkennen. Ich habe aber den Eindruck, daß der letzte und tiefste Grund gegen den Bau des Arbeitsamtsgebäudes, der leider nicht ausgesprochen worden ist, der ist, daß eine gewisse Angst vor den Arbeitslosen vorhanden ist. Da sind doch einige Worte am Platze. Wir haben in den letzten Jahren doch alle die Zustände an der Langenstraße gesehen. Da haben in den schwersten Zeiten der wirtschaftlichen Krise täglich Tausende von Arbeitslosen hindurch müssen, sie haben lange warten müssen, ehe sie abgefertigt werden konnten. Aber wir haben niemals gehört, daß in dieser Gegend von den Arbeitslosen Taten begangen worden wären, die zu einem abfälligen Urteil über die Arbeitslosen berechtigen. Wir müssen uns daran erinnern, daß in der ersten Zeit genau dieselben Proteste von den Anliegern in der Langenstraße kamen. Aber fragen Sie heute einmal die Anlieger, ob irgend eine ihrer damaligen Befürchtungen eingetroffen ist, so werden Sie die Antwort bekommen, daß die Disziplin unter den Arbeitslosen dort musterhaft ist; sie benehmen sich genau so würdig wie jeder andere Bürger auch. Wir können uns also nach solchen Vorurteilen nicht richten. Der Platz ist zentral gelegen und deshalb zweckmäßig, deshalb müssen wir uns für ihn entscheiden. Es kann den Steuerzahlern nicht zugemutet werden, größere Lasten auf sich zu nehmen nur deshalb, weil der Staat den privaten Anliegern diesen schönen Platz erhalten möchte. Wer in einer Großstadt wohnt, muß immer damit rechnen, daß ihm eines schönen Tages die Aussicht verbaut wird; das ist das Schicksal jedes Grundstückseigentümers. Aber umgekehrt hat der Grundeigentümer dabei auch das große Plus, daß sein Grund und Boden infolge dieser Entwicklung im Preise steigt und deshalb höher bewertet wird, sodaß dieser kleine Schönheitsfehler sich leicht ausgleichen wird.

Es sind aber auch noch andere Gründe, die für diesen Platz sprechen. Es ist hier der Zugang von allen Seiten möglich, von der Weserbahn her, vom Doventorssteinweg, von der Bürenstraße, sodaß sich der Verkehr völlig reibungslos abwickeln wird. Auch sind hier keine Verkehrsmittel vorhanden, die den Betrieb etwa stören könnten, sodaß in diesen großen und zweckmäßigen Räumen alle die Aufgaben erfüllt werden können, die wir vom Arbeitsamt erfüllt sehen wollen.

Ganz verwundert bin ich eigentlich über die Anschauung, die Herr Deppen und der Vertreter der Wirtschaftsgruppe heute über die Platzfrage geäußert haben. Wenn ich mich recht erinnere, dann war es vor zwei Jahren gerade der Vertreter dieser Gruppe — freilich existierte sie damals als Wirtschaftspartei noch nicht — der ausführte, daß es im Interesse der Arbeitsvermittlung notwendig sei, für die Arbeitgeber einen besonderen Eingang zu schaffen, daß der Friseurmeister, der Tischlermeister Gelegenheit haben müßten, durch einen be-

sondern Eingang ins Arbeitsamtsgebäude zu kommen, daß also die Einrichtung dieses Gebäudes so sein müsse, daß sie auch wirklich für die Arbeitsvermittlung brauchbar sei. Gerade aus diesem Grunde ist der Platz mit seinen drei Zugängen sehr brauchbar.

Was die andern Plätze betrifft, die vorgeschlagen worden sind, so spricht für sie gar nichts und für unsern Vorschlag alles. Es ist doch z. B. ganz unmöglich, im Blockland, im Findorffviertel oder in der Neustadt ein Arbeitsamtsgebäude zu errichten, denn wir hätten dort die große Schwierigkeit, daß die Einrichtung von der Arbeitsvermittlung nicht benutzt würde. Wir haben aber gerade ein großes Interesse daran, daß die Arbeitsvermittlung gut funktioniert, weil dadurch unsere Wohlfahrtslasten sinken. Wir müssen damit also im Innern der Stadt bleiben und dürfen nicht an die Peripherie gehen.

Noch einige Worte zur Finanzierung. Herr Deppen hat die Art der Finanzierung angegriffen. Das Geschäft ist aber ganz bei Bremen. Sie dürfen nicht vergessen, daß doch zunächst die Bürgerschaft verlangt hatte, ein Arbeitsamtsgebäude zu bauen. Die Voraussetzung für einen solchen Beschluß wäre doch gewesen, daß auch gleich die dafür notwendigen Gelder bewilligt worden wären. Nun ist aber durch langwierige Verhandlungen erreicht worden, daß zunächst die Reichsanstalt — damals noch das Reichsarbeitsministerium — sich bereit erklärte, zwei oder drei Fünftel der Kosten zu übernehmen, daß dann aber schließlich erreicht wurde, daß die Reichsanstalt sämtliche Kosten übernahm. Auf Einspruch der Finanzdeputation ist dann erreicht worden, daß die Reichsanstalt statt 10 % jetzt 12 % geboten hat, bestehend aus 8 % Verzinsung und 4 % Amortisation, sodaß die ganze Bausumme in 15 Jahren zurückgezahlt sein wird. So ist also erreicht worden, daß die Reichsanstalt dieses Gebäude bezahlt. Die Finanzierung ist also durchaus glücklich.

Nun zum Schluß noch einige Worte über die Dringlichkeit der Vorlage. Wir bitten dringend, daß die Bürgerschaft sich streng an den Termin hält. Einmal enthält unser Vertrag eine Bestimmung, daß, wenn die Bausumme über eine Summe von 1,18 Millionen Reichsmark hinaus geht, Bremen diese Summe zu bezahlen hat. Wir haben also das größte Interesse daran, daß so schnell wie möglich gebaut wird. Der Kubikmeter umbauten Raums ist so berechnet, daß kein Verlust entstehen kann. Treten aber Verzögerungen ein, so wird natürlich mit der vorgesehenen Summe nicht auszukommen sein, und es werden Nachforderungen kommen müssen, die dann also, wenn der Vertrag bestehen bleibt, auf Bremens Kappe gehen. Oder aber es werden neue Verhandlungen erforderlich, die dann das ganze Projekt abändern.

Weiter hängt die Ausarbeitung der Spezialpläne ganz davon ab, ob im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden kann, das Hochbauamt kann nicht eher damit beginnen, bis der Bürgerschaftsbeschluß

vorliegt. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Monaten auf 8000 gestiegen. Sie können sich denken, daß dieser Andrang in dem jetzigen Gebäude nicht bewältigt werden kann. Hinzu kommt, daß die großen Distrikte Delmenhorst, Hemelingen und Lilienthal zum Bereich des bremischen Arbeitsamts hinzu gekommen sind. Damit hat Bremen die Verpflichtung übernommen, auch für die entsprechenden Räumlichkeiten zu sorgen, um diesen vermehrten Aufgaben gerecht werden zu können. Diese Versprechungen, die wir der Reichsanstalt seinerzeit gegeben haben, müssen wir auch einhalten.

Weiter spricht für die schnelle Verabschiedung, daß wir das Haus an der Langenstraße gewinnen. Wir müssen Raum schaffen für unsere Behörden; wir müssen an irgend einer Stelle Luft schaffen, um das Problem der besseren Raumverteilung für die bremischen Behörden zu lösen, um die Verwaltungsreform vorwärts zu bringen. So gibt es Gründe über Gründe, die mich veranlassen, zu bitten, daß die Bürgerschaft ihre Beratungen in der Deputation bis auf diesen Termin erstreckt und beschleunigt dann die Vorlage verabschiedet.

**Theil (S.):** Herr Präsident! Ich bitte, die Sitzung um eine Viertelstunde zu vertagen, damit meiner Fraktion Gelegenheit gegeben wird, zu dem Antrag Wenhold Stellung zu nehmen.

**Präsident:** Ich vertage die Sitzung bis 18,35 Uhr.

(15 Minuten Pause.)

**Schucht (Hb.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion lehnt die Vorlage ab. Im übrigen gibt mir die Vorlage zu allerlei Bemerkungen Veranlassung, auf die ich nachher noch im einzelnen eingehen werde. Daß Herr Zahn als neu ernannter Amtmann des Arbeitsamtes nicht anders reden konnte, ist ganz selbstverständlich. (Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Ich möchte Sie bitten, hier nicht Anzüglichkeiten auf den Beruf eines Vertreters der Bürgerschaft zu machen.

**Schucht:** Herr Zahn würde heute anders gesprochen haben, wenn er die Protestversammlungen besucht (Zwischenrufe bei den Soz. Unruhe.) und, was dort vorgetragen worden ist, gehört hätte. Auch der Vertreter der Kommunistischen Partei würde heute ganz anders gesprochen haben, wenn Herr Priemer heute anwesend gewesen wäre (Gelächter links.), der in der Protestversammlung keinen Hehl daraus machte, daß er nicht absolut darauf bestehen würde, daß gerade an der Bürenstraße das Arbeitsamtsgebäude errichtet würde. Herr Priemer war mit den übrigen Herren durchaus der Ansicht, daß das Gebäude auch an anderer Stelle errichtet werden könnte. (Erneutes Gelächter links. Lebhaftes Zwischenrufe.) In der Protest- und in der allerletzten Versammlung ist zum Ausdruck gekommen, daß der Bund für Leibesübungen und Jugendpflege nicht

gehört worden ist, und ich habe gar keine Veranlassung, den Worten des Vertreters dieses Bundes keinen Glauben zu schenken. Das Gegenteil behauptet soeben Herr Zahn, nämlich der Bund sei gehört worden und habe sich mit dem Bau einverstanden erklärt. Es ist nicht richtig, daß schon im Jahre 1926 Klarheit und Einigkeit darüber bestanden hat, daß das Arbeitsamtsgebäude in der Bürenstraße errichtet werden soll, denn damals sind noch Pläne geprüft worden, die von Seiten eines Turnvereins eingereicht worden sind. Dabei hat Herr Senator Allerheiligen ausdrücklich erklärt, daß diesen Plänen behördlicherseits keine Bedenken entgegen stehen, und er hat dabei erwähnt, daß behördlicherseits von anderen Plänen abgesehen würde, wenn die Lösung in der von dem Turnverein angegebenen Art und Weise erfolgen könnte. Die Ausführungen der vielen Vereine, Verbände und Korporationen, die sich in ihren Versammlungen gegen die Errichtung eines Arbeitsamtsgebäudes an dieser Stelle gewandt haben, müssen beachtet werden. Und diese Ausführungen sind auch gelegentlich von Besprechungen, die unter dem Vorsitz von Senator Allerheiligen stattgefunden haben, wiederholt gebilligt und gutgeheißen worden. Es haben nicht nur Anlieger der benachbarten Straßen an den Besprechungen teilgenommen, sondern auch die Bauherren der St. Michaeliskirche (Zurufe links), und wörtlich ist dann von Herrn Senator Allerheiligen erklärt worden, daß die Gründe, die die Anlieger vorgebracht hätten, zu unbedeutend seien, um darauf näher einzugehen. Aber — hat er gesagt — was die Kirchengemeinde vorgebracht hat, das wäre eventuell Grund genug, um das Arbeitsamtsgebäude dort nicht zu errichten. Gelegentlich einer anderen Konferenz hat der gleiche Herr erklärt, alles, was die Kirchengemeinde vorgebracht hätte, sei irrelevant, aber man könnte den Bau des Gebäudes vielleicht weigern, aus den von den Anliegern der benachbarten Straße Doventorsteinweg angeführten Gründen. Diese Tatsache ist von den beteiligten Kreisen durch den Verhandlungsführer der Versammlung öffentlich bestätigt und anerkannt worden. Ein weiteres kommt aber hinzu, daß nämlich dem Männerturnverein, der diesen Platz bezw. einen Teil desselben liebend gern für die Errichtung einer Turnhalle haben möchte, erklärt wurde, er könne den Platz bekommen, wenn die Krankenkasse, die die Vorhand auf dieses Areal habe, diesen Platz nicht für sich in Anspruch nehmen werde. Damit hat sich der Turnverein abgefunden. Er konnte nicht anders, weil die Ortskrankenkasse die Vorhand hatte. In dem Augenblick aber, als bekannt wurde, daß die Ortskrankenkasse diesen Bauplatz nicht gebrauchte, da war es wieder als erster der Männerturnverein, der sagte: Jetzt treten wir unseren Gedanken und Plänen näher, daß wir den Platz erhalten und gerade auf diese Äußerung hat Herr Senator Allerheiligen erklärt, daß grundsätzliche Bedenken dagegen nicht beständen, wenn die Lösung der Frage in der von dem Turnverein angegebenen Art und Weise vor sich gehen würde.

Bersprechen über Bersprechen sind nicht nur Vereinen, sondern auch Privatpersonen gegeben worden. Leider Gottes ist es bei diesen Bersprechungen geblieben. Wenn derartige bindende Bersprechungen aber gegeben worden sind, dann hat die Bürgerschaft die Pflicht, in eine eingehende Prüfung der Verhältnisse einzutreten, und sie kann heute nicht ohne weiteres einfach beschließen: Das Arbeitsamtsgebäude soll an der Bürenstraße errichtet werden. Man hat gesagt, daß das Arbeitsamtsgebäude in unmittelbarer Nähe der Ortskrankenkasse und des Volkshauses belegen sein müsse, und mit Rücksicht auf diese Tatsache glaubte man den Platz an der Bürenstraße empfehlen zu sollen. Man hat aber auch noch andere geeignete Plätze, die alle diese Eigenschaften aufweisen, die Sie von dem Platz verlangen. Ich verweise auf das Daeks'sche Fabrikgrundstück an der Baumstraße. Es handelt sich hier um ein 4—5000 qm großes mit Gebäuden versehenes Grundstück. Man braucht hier einfach eine Raumeinteilung vorzunehmen, und würde mit geringen Kosten ein fertiges Arbeitsamtsgebäude haben. Vor allem befindet sich dieses Grundstück in unmittelbarer Nähe der eben angeführten Gebäude. (Unruhe. Theil: Wem gehörte das Gebäude?) Das gehört Daeks Nachlaß. (Zuruf links: Konnte ich mir denken. Blanke: Häusermakler!) Herr Blanke, Ihre Bemerkungen kenne ich. (Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Herr Blanke, ich habe es soeben gerügt, als Herr Schucht Äußerungen über den Beruf des Herrn Jahn machte, weil er nämlich im Arbeitsamt tätig ist; ich möchte auch Sie bitten, auf die Berufstätigkeit eines Mitgliedes dieses Hauses nicht einzugehen.

**Schucht:** Der bremische Staat hat eine große Anzahl Grundstücke im Eigenbesitz, und wenn er von diesen Grundstücken keins hergeben will, dann braucht er aber auch nicht einen solch wertvollen Bauplatz wie den an der Bürenstraße für das Arbeitsamtsgebäude zu verwenden. Und, meine Damen und Herren, man will doch die vorhandenen Turn- und Spielplätze erhalten. Aber wenn das Arbeitsamtsgebäude erst einmal errichtet ist, wird es doch nur eine Frage von Jahren sein, daß schließlich auch der restliche Platz verschwunden sein wird.

Wenn man sich den Plan des Gebäudes — ich meine nicht den, der hier aushängt, sondern den, der vor einigen Tagen in der Bürgerschaftskanzlei ausgelegt war — ansieht, dann muß man sich ohne Voreingenommenheit sagen, daß der ganze Bau so geplant ist, daß im Laufe der Zeit Anbauten erfolgen sollen.

Meine Damen und Herren! Wenn sich einzelne Herren einer Fraktion in der Deputation gebunden haben, dann haben sie sich höchst persönlich gebunden; die Fraktion als solche ist an einen solchen Beschluß niemals gebunden. Jedenfalls haben Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie immer den Standpunkt vertreten, und auch ge-

legentlich einer andern Frage haben Sie noch in der letzten Zeit diesen Standpunkt eingenommen, daß die Fraktion an einen solchen Beschluß niemals gebunden ist, sodaß man jetzt nicht sagen kann, daß die Sache schon vor zwei Jahren zum Abschluß gekommen sei. Auch der Geistliche der St. Michaelis-Gemeinde hat kürzlich in einer Protestversammlung darauf hingewiesen, daß es eigentlich ein merkwürdiges Bild abgäbe, wenn aus der Kirche festlich gekleidete Personen heraus kämen und auf der andern Seite — ich gebe wörtlich wieder — Erwerbslose sich vorfänden, die in diesem Augenblick vielleicht nicht so gekleidet seien. (Erregte Zurufe links.) Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, daß sich gerade die Erwerbslosen recht kümmerlich durchs Leben schlagen müssen, und wir alle gönnen ihnen eine Verbesserung ihres Loses von Herzen. Aber das, was von dieser Seite ins Feld geführt worden ist, hat doch wirklich seine Berechtigung. Man fordert hier doch sozusagen zum Klassenhaß heraus. (Gelächter und Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! In der Vorlage wird weiter hervorgehoben, daß die Räume nicht ausreichen, weil durch Angliederung preußischer und oldenburgischer Gebietsteile an das bremische Arbeitsamt weitere Arbeitsräume geschaffen werden müssen. Es wäre eigentlich angebracht gewesen, daß man in der Vorlage zum Ausdruck gebracht hätte, ob uns durch die Angliederung dieser außerbremischen Gebietsteile an das bremische Arbeitsamt Vorteile entstehen und eventuell welche. Darüber sagt aber die Vorlage nichts.

Nun die weiteren Bemerkungen in Absatz 2 der Vorlage, daß mit dem 1. Oktober 1928 das Arbeitsamt Bremen auf die Reichsanstalt übergegangen sei. Diese Bemerkung ist nicht ganz verständlich; ich glaube, sie soll bedeuten, daß mit diesem Tage das Eigentum an dem Grundstück Langenstraße 132 auf das Reich bzw. die Reichsanstalt übergegangen ist. Das Hochbauamt hat nun der Deputation für Bauwesen und Stadterweiterung und der Reichsanstalt Pläne für den Neubau vorgelegt, und diese Pläne sind angeblich vom Reich genehmigt worden. Die Bürgerschaft hat aber bisher von diesen Plänen nichts zu sehen bekommen. Mit Rücksicht auf den doch nicht unerheblichen Baubetrag von einer Million Reichsmark wäre es doch wohl am Platze gewesen, daß man der Bürgerschaft diese Pläne vorher vorgelegt hätte.

Es wird in Absatz 2 weiter behauptet, daß der Bauplatz an der Bürenstraße deshalb besonders geeignet sei, weil er besonders günstig gelegen sei und verschiedene Zugänge zu dem Gebäude gestatte. Ich habe schon vorhin erklärt, daß auch andere Bauplätze vorhanden sind, die nicht in unmittelbarer Nähe von Wohnstraßen sich befinden, und es wäre doch Aufgabe der betreffenden Behörde gewesen, darüber nähere Erkundigungen einzuziehen. Auch ist aus dem Plane, der hier einige Tage ausgelegen hat, nicht zu ersehen, wie groß der Platz ist, und die Vorlage enthält auch nichts darüber, welchen Wert dieser Bauplatz darstellt, und ob der mut-

maßliche Verkaufswert dieses Platzes nicht erheblich sein würde als ein anderer Platz, der vielleicht auch für die Errichtung des Gebäudes in Frage kommen könnte. Eigentlich hat Bremen doch keine Veranlassung, gerade diesen außerordentlich wertvollen Platz für die Errichtung eines solchen Gebäudes herzugeben. Jedenfalls hätte die Frage geprüft werden müssen, ob nicht auch noch andere geeignete Bauplätze vorhanden sind; aber über alles dies sagt die Vorlage nichts.

Die Vorlage sagt auch nichts darüber, von welchem Tage an durch die Reichsanstalt die Verzinsung erfolgen soll. Vielleicht wäre es auch ratsam gewesen, wenn man der Bürgerschaft den mit der Reichsanstalt abgeschlossenen Vertrag — ich nehme an, daß ein Vertrag abgeschlossen worden ist — vorgelegt hätte, damit sie selbst hätte Einsicht nehmen können. Ich habe auch erhebliche Bedenken in Bezug darauf, daß, wie in der Vorlage wiederholt zum Ausdruck gebracht wird, die Uebereignung des Bauplatzes an die Reichsanstalt „kostenlos“ erfolgt. Wenn das Reichsgesetz schon die kostenlose Uebereignung vorsieht, dann ist es doch eigentlich nicht mehr besonders notwendig, daß immer wieder von einer „kostenlosen“ Uebereignung in der Vorlage gesprochen wird, und daß sich die Bürgerschaft mit einer solchen einverstanden erklären soll. Bisher sind zwei Häuser für den Zweck der Errichtung des Arbeitsamtsgebäudes angekauft worden, und wahrscheinlich werden noch zwei weitere Häuser hinzu kommen, sodaß damit der in der Vorlage genannte Kaufpreis erreicht werden wird. Aber von den Kosten der Eigentumsübertragung wird in der Vorlage nicht gesprochen.

Auch wird in der Vorlage nicht gesprochen davon, was als Entschädigung bezahlt werden soll dafür, daß für die in diesen Häusern enthaltenen elf Wohnungen elf neue Wohnungen beschafft werden müssen. Wenn heute ein Eigentümer eine Wohnung — und wenn sie noch so klein ist — für sich in Gebrauch nehmen will, dann muß er an den Staat eine Abfindungssumme zahlen. Wenn man berücksichtigt, daß es sich in diesem Falle um elf Wohnungen handelt, so kommen für diesen Zweck mindestens 30 000 *R.M.* heraus. Da muß ich doch fragen, ob es nicht angebracht wäre, daß diese 30 000 *R.M.* von der Reichsanstalt mit als Baukosten eingezogen werden, denn es handelt sich hier doch um eine Verpflichtung des Staates, elf neue Wohnungen zu schaffen, die infolge des Abbruchs der Häuser verloren gehen.

Ich hätte auch sehr gern noch etwas über den mutmaßlichen Wert des Hauses Langenstraße 132 gehört. Hier wird einfach gesagt: mit 103 000 *R.M.* übernimmt Bremen wieder das Eigentum dieses Hauses. Wenn ich recht im Bilde bin, so hat der Staat seinerzeit für den Ankauf des Hauses eine erhebliche Summe zahlen müssen, sodaß die Entschädigung, die dem Staat jetzt vonseiten der Reichsanstalt zuteil werden soll, mit Rücksicht auf den effektiven Wert des Hauses außerordentlich gering erscheint. (Wenhold: 206 000 *R.M.*) Der Staat

bekommt nur 103 000 *R.M.* Aus allen diesen Gründen stehen wir dem Antrage Deppen sympathisch gegenüber, und ich glaube, die Bürgerschaft muß ihm zustimmen, denn sie darf doch nicht so ohne weiteres über die vielen Klagen und Beschwerden hinweg gehen, die auch noch in der allerletzten Zeit ihr zugegangen sind. Für den Fall aber, daß weder der Antrag Wenhold noch der Antrag Deppen angenommen werden sollte, beantrage ich namentliche Abstimmung über die Vorlage. (Lachen links.)

**Präsident:** Das geht natürlich nicht; Ewentualanträge sind nach unserer Geschäftsordnung nicht zulässig.

**Mienaber (Brem. A.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Zahn hat vorhin den Ausdruck gebraucht, daß die ganze Protestbewegung gegen den Bau eines Arbeitsamtsgebäudes an Doventorssteinweg/Bürenstraße wohl als eine grundsätzliche Abneigung gegen den Bau eines Arbeitsamtsgebäudes überhaupt anzusehen sei. Ich glaube deshalb, wir sind es denjenigen Kreisen, die gegen diesen Plan protestiert haben, schuldig, ihnen das Zeugnis auszustellen, daß sie nicht aus Abneigung gegen das Arbeitsamt als solches ihre Proteste eingebracht haben, denn aus all diesen Kundgebungen geht klipp und klar hervor, daß gerade von diesen Kreisen der große Umfang der heutigen Arbeitslosigkeit auf das lebhafteste bedauert wird. Also diese Behauptung ist absolut nicht stichhaltig. Das gute Recht, das die Protestler für sich in Anspruch nehmen, ist ja auch schon von Herrn Wenhold zur Genüge klar gelegt worden. Nun ist aber behauptet worden, daß das Arbeitsamtsgebäude unbedingt gerade auf diesem Platz errichtet werden müsse. In der letzten Sitzung, in der ich als Mitglied der Behörde für das Arbeitsamt tätig sein durfte, ist diese Frage eingehend besprochen worden, und es sind gerade von den Vertretern derjenigen Parteien, die jenseits der Sozialdemokratie sitzen, die schwersten Bedenken gegen den Bau gerade auf diesem Platze zum Ausdruck gebracht worden. Allerdings blieben diese Vertreter in der Minderheit, und wir mußten uns damit abfinden, daß der Platz am Doventorssteinweg vorgeschlagen wurde. Die Folge davon ist jetzt selbstverständlich diese Protestbewegung. Das ist die Erklärung dafür, daß diese Protestbewegung so kurz vor der Verhandlung dieses Gegenstandes in der Bürgerschaft eingesezt hat; denn solange über die endgültigen Pläne in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden war, konnte sich in der Öffentlichkeit doch gar kein Protest regen. Seit Jahren ist davon gesprochen worden, daß andere für ein Arbeitsamt geeignete Plätze zur Genüge vorhanden seien, aber darüber geht man jetzt mit einer Handbewegung hinweg. Aber es ist doch die Pflicht der Behörde, bis aufs äußerste zu prüfen, ob wirklich auch alle Möglichkeiten erschöpft sind. Der Herr Senatsvertreter sollte sich doch einmal die Frage vorlegen, ob es nicht an der Ordnung wäre, zu prüfen, ob man nicht durch Uebernahme des von

Herrn Schucht vorgeschlagenen Grundstückes in der Baumstraße eine bessere Möglichkeit finden könnte. Ich glaube, wenn diese Frage reiflich durchdacht wird, so wird sie zugunsten dieses Vorschlages entschieden werden. Dieser Platz liegt so wunderbar, wie man es gerade gern haben will; er liegt noch viel näher und günstiger an all den Stellen, die ich vorhin genannt habe. Es sind nicht allein die Protestler, die sich gegen den Bau an dieser Stelle aussprechen, sondern noch andere prominente Körperschaften haben sich dagegen gewandt, so z. B. der Bund Deutscher Architekten, und zwar aus ganz bestimmten architektonischen Gründen. Er wendet sich gegen den Bau in der Form, wie man ihn dort auszuführen beabsichtigt. (Zwischenrufe.) Es kann auch nicht begriffen werden, daß man dort einfach elf Wohnungen abreißt, ohne etwas neues dafür wieder zu schaffen. Eine solche Handhabung verstehen wir in dieser Zeit überhaupt nicht, während man auf der anderen Seite nicht weiß, wo man die Wohnungen für die Wohnungsuchenden hernehmen soll. Ueber diese Sachen wird einfach hinweggegangen. (Lebhafte Zwischenrufe links. Unruhe.) Je mehr Sie schreiben, desto mehr wird die Protestbewegung gegen Ihren Plan einziehen. Auch die Tatsachen, die vorhin Herr Schucht zum Ausdruck gebracht hat, müssen großes Befremden erregen. Wenn wir erst so weit gekommen sind, daß durch den nun mal eingetretenen Wechsel in der Vertretung der Vorlage diejenigen Herren, die ihr Wort zu so etwas gegeben haben, die Vorlage nicht mehr verteidigen, so muß man fragen: wohin soll der Weg letzten Endes gehen? (Weitere lebhaftere Zwischenrufe. Unruhe.) Es muß weiter sonderbar berühren, daß man bei diesem Projekt keinen Wettbewerb unter den bremischen Architekten ausgeschrieben hat, während es doch feststeht, daß die bremischen Architekten nichts zu tun haben und auf Arbeit warten. Sie haben als Angehörige eines freien Berufs das Recht, daß sie bei der Ausführung solcher Arbeiten berücksichtigt werden. Ich kann den Standpunkt dieser Herren verstehen, die sich gegen die hier zum Ausdruck gekommene Staatsregie wenden und erklären, daß der Mittelstand und die freien Berufe auch leben wollen. Es wäre deshalb zu prüfen, ob nicht meinem Antrage gemäß doch noch ein Wettbewerb öffentlich auszuschreiben ist. Ich bitte deshalb um Annahme meines Antrages. Die Frage der Kapitalbeschaffung für das Arbeitsamtsgebäude ist bereits genügend erörtert worden. Man muß sich aber doch fragen, warum soll nun gerade Bremen die Beträge für den Bau vorschießen. Andere Kommunen tun das auch nicht. Sondern es bezahlt die Reichsanstalt den Bau und zwar sofort und nicht erst 15 Jahre später. Wenn man das so begründet, daß man den Bau schnell haben will und deshalb bremische Gelder dafür beansprucht, so möchte ich erwidern, daß das bremische Geld für andere Zwecke angebracht gewesen wäre als gerade für diesen Zweck. Ich bitte Sie, dem Antrag Depken Ihre Zustimmung zu geben.

Dadurch tritt durchaus keine Verzögerung des Baues ein.

Professor Dr. Diez (Brem. A.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind der Ansicht, daß der Bau des Arbeitsamtes notwendig ist, und wir sind auch nicht der Meinung, daß diese Sache verschleppt werden soll. Wir wünschen, daß, nachdem die Verhandlungen mit der Reichsanstalt so weit gediehen sind, die Sache bald zum Abschluß kommt. Aber wir sind andererseits der Ansicht und stimmen darin mit Herrn Wenhold überein, daß die Bedenken, die von den Bewohnern jener Gegend gegen die Errichtung des Arbeitsamtsgebäudes an der vorgesehenen Stelle vorgebracht sind, geprüft werden müssen. So leicht, wie es sich Herr Zahn gemacht hat, darf man über diese Bedenken nicht hinweggehen. Ich will auf die Bedenken, die heute wiederholt erörtert worden sind, nicht näher eingehen. Das Hauptbedenken ist, daß man fürchtet, daß, wenn das Arbeitsamtsgebäude erst einmal an dieser Stelle errichtet ist, der Sportplatz, der erst vor kurzem auf dem alten Dovertorsfriedhof angelegt worden ist, in absehbarer Zeit sehr viel mehr verkleinert wird, als es jetzt der Fall ist, und daß dieser Platz dann allmählich ganz verschwindet. Es wird kein Mensch hier — auch Herr Senator Kaisen nicht — uns ein bindendes Versprechen für die Zukunft geben können, daß dieser Platz nicht weiter angegriffen wird. Das ist neben den anderen Bedenken, die die Anlieger vorbringen, und die Herr Senator Kaisen bis zu einem gewissen Grade für berechtigt erklärt hat, und neben den Bedenken, die die Kirchengemeinde vorträgt, und die ich auch nicht so kurzer Hand abtun möchte, wie es Herr Zahn getan hat, das Hauptbedenken. Es muß daher nach meinem Dafürhalten geprüft werden, ob wirklich nicht — meiner wegen auch in der dortigen Gegend, denn auch wir wünschen, daß das Arbeitsamt zentral liegt — ein anderer Platz zu finden ist, auf dem gebaut werden kann. Dazu kommt: Wenn ich den Plan ansehe, so kann ich nicht gerade finden, daß dieser Grundriß eine sehr glückliche Lösung der Aufgabe, die dem Architekten gestellt ist, darstellt. Nun fragt es sich, was wir mit den Anträgen machen sollen, die heute gestellt worden sind. Herr Depken hat beantragt, die Vorlage an einen Ausschuß zu verweisen. Herr Senator Kaisen hat demgegenüber gesagt, es sei nicht üblich, eine Vorlage, die die Arbeit einer Deputation darstellt, also von Senats- und Bürgerschaftsmitgliedern ausgearbeitet ist, noch einem bürgerschaftlichen Ausschuß zu überweisen. Der Grund ist nicht stichhaltig, denn das ist schon öfter vorgekommen. Ich erinnere mich zahlreicher Fälle (Unruhe), wo die Bürgerschaft beschlossen hat, daß sie einen Ausschuß wünscht. Und daß da vielleicht eine andere Zusammensetzung des Ausschusses ein anderes Ergebnis zeitigt, liegt auf der Hand. Wenn ich mir aber, nachdem die Äußerungen von den verschiedenen Gruppen der Bürgerschaft gefallen sind, die Möglichkeiten, die ein praktisches Ergebnis zeitigen sollen, überlege, so sehe ich nicht, daß für

den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses hier eine Mehrheit vorhanden ist. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, wie schon Herr Wenhold ausgeführt hat, daß zur Prüfung der Platzfrage die Rückverweisung an die Deputation vielleicht der richtigere Weg ist. Wir werden uns deshalb dem Antrag Wenhold anschließen. Wir sind auch einverstanden mit einer Befristung, daß diese Prüfung innerhalb drei Wochen, also bis zum 1. Dezember, stattfinden soll. Wir wünschen aber, daß die Prüfung von der gesamten Deputation für die Stadterweiterung vorgenommen wird und nicht bloß von dem Ausschuß. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, was mir gesagt wurde, daß diese Vorlage nur von dem Ausschuß verabschiedet worden sei. Wir wünschen, daß die Prüfung von der gesamten Deputation vorgenommen wird und bitten, daß man sich nicht von vornherein — auch nicht von Seiten der Senatsvertreter — auf diesen Platz unbedingt festlegt, sondern ernsthaft die Möglichkeit erwägt, daß auch andere Plätze noch in Frage kommen.

Was den Antrag Nienaber angeht, daß für die Bearbeitung des Projekts ein Wettbewerb unter Bremer Architekten ausgeschrieben werden soll, so bin ich grundsätzlich dafür, daß für alle derartigen Staatsbauten Wettbewerbe unter den bremischen Architekten ausgeschrieben werden sollten. Es ist nicht zweckmäßig, daß unser Hochbauamt in diesem Falle die Sache allein macht. Es mag sein, daß das Hochbauamt in Ermangelung größerer Staatsbauten vielleicht eine Reihe Arbeitskräfte zu viel hat, sodaß es diese Pläne hat ausarbeiten können. Aber wir sind im Interesse der bremischen Bautätigkeit und des Stadtbildes von Bremen der Ansicht, daß bei solchen monumentalen Bauten ein Wettbewerb unter den bremischen Architekten ausgeschrieben werden sollte. Nun ist mir freilich zweifelhaft, ob das in diesem Falle noch möglich ist, nachdem Herr Senator Kaifen erklärt hat, daß der Bau schnell vorangehen muß, obgleich ich nicht umhin kann, zu sagen, daß die Gründe, die er dafür angeführt hat, auf mich keinen sonderlichen Eindruck gemacht haben. Aber ich bitte doch, daß die Deputation diese Anregung, die Herr Nienaber gibt, prüft, und ich möchte darüber hinaus sagen, daß, falls in diesem Falle nicht mehr die Möglichkeit besteht, man doch bei den bauenden Behörden in Zukunft darauf achtet, daß die Architekten bei solchen Bauten mit herangezogen werden. Ich fasse mich dahin zusammen, daß ich bitte, den Anträgen der Herren Wenhold und Nienaber Ihre Zustimmung zu geben.

**Senator Kaifen:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte daran erinnern, daß vor ungefähr 1½ Jahren die Platzfragen auch in der Deputation für Häfen und Eisenbahnen besprochen wurden. Die Deputation hat sich damals bereit erklärt, den Platz am Doventorssteinweg in Ordnung zu bringen, damit dort eventuell das Arbeitsamtsgebäude hinkommt und andere zentral gelegene Plätze für wichtige Zwecke reserviert bleiben. Diese Abmachung ist damals schon getroffen worden.

Ich bin nicht der Meinung, daß sich das Arbeitsamtsgebäude weiter über den Sportplatz ausdehnen wird, sondern nach der Straße zu. Eine Erweiterung werden wir wahrscheinlich gar nicht mehr erleben. Im übrigen ist die ganze Anlage in ihrem Grundriß sehr wohlfeil eingerichtet, weil gerade die Bedürfnisse des Arbeitsamtes nach Vermittlungsräumen berücksichtigt werden konnten. Deswegen kann trotz der eigenartigen Form des Grundrisses alles das geschehen, was man von diesem Arbeitsamtsgebäude verlangen muß. Die Reichsanstalt selbst hat sich mit den Plänen einverstanden erklärt, und ich kann Ihnen sagen, daß die einzelnen Spezialarbeiter in der Reichsanstalt sich darüber sogar sehr anerkennend ausgesprochen haben. In diesem Plan sind gleichfalls die Erfahrungen niedergelegt, die man auf der Rundreise gesammelt hat, was Herr Becker zuerst monierte, sowie ganz besonders die Erfahrungen, die inzwischen gemacht wurden. Der Plan ist das Ergebnis zwei Jahre vorangegangener systematischer Arbeiten und Verhandlungen. Aus diesem Grunde kann man nicht, wie es Herr Schucht tut, wegwerfend über diese Arbeiten reden.

Nun zu der Frage der Gesamtdeputation. Es ist mir heute morgen mitgeteilt worden, daß die gesamte Deputation in Frage kommt — wenn die Bürgerschaft etwa belieben sollte, die Sache kurzfristig an die Deputation zurückzuverweisen.

Bezüglich des Wettbewerbs liegt die Sache so: Nachdem die Finanzdeputation am 26. Februar 1927 ihre Zustimmung zum Bau gegeben hatte, hat sie gleichzeitig beschlossen, das Hochbauamt mit der Ausführung dieses Planes zu beauftragen. Da ist es versäumt worden, den Bauausch einzuschreiben, auch einen Wettbewerb zu veranstalten. Ich glaube, daß das damals in der Finanzdeputation hätte beantragt werden müssen. Das Hochbauamt hat natürlich die Gelegenheit ergriffen, um seinerseits zu zeigen, was es kann und hat die Pläne fertiggestellt. Es wäre nun Geldverschwendung, diese geleistete Arbeit bei Seite zu legen und einen neuen Plan machen zu lassen. Der Entwurf ist gar nicht so übel. Es ist ein Klinkerbau, der sehr gut in die dortige Gegend hineinpaßt, besonders gegenüber dem Bau der Kirche. Das Projekt ist äußerlich in einfachen Formen gehalten, aber doch immerhin sauber durch die Verwendung der Klinker, und es wird in der dortigen Gegend sicher verschönernd wirken. Also auch da sollten die Bedenken fallen gelassen werden, und es sollte nicht durch einen Wettbewerb das ganze Problem neu aufgerollt werden. Denn wir dürfen niemals vergessen, daß nicht wir allein bauen, sondern daß wir auch mit der Reichsanstalt zu rechnen haben, die sich infolge der Finanzierung einen großen Einfluß auf die Bauausführung sichert. Außerdem würde das Ausschreiben eines Wettbewerbs eine unendliche Verzögerung der Angelegenheit bedeuten.

Nun noch einige Worte zu Herrn Schucht. Er wundert sich, daß wir für das Grundstück Langenstraße 132 103 000 *R.M.* zahlen müssen. Nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Reichsgesetz ge-

worden ist, sind alle Gebäude, die von den Kommunen für die Geschäfte des Arbeitsamts zur Verfügung gestellt worden sind, in das Eigentum des Reiches übergegangen in Form einer einfachen Entschädigung ohne Zinsen verteilt auf eine gewisse Reihe von Jahren. Wir haben jetzt durch Verhandlungen erreicht, daß wir sämtliche Gebäude, die wir der Reichsanstalt zur Verfügung gestellt haben, wieder zurück erhalten gegen eine Zahlung von 103 000 *R.M.* Wir haben dadurch ein wertvolles Grundstück wiederum in unsere Hand bekommen, und zudem haben wir erreicht, daß die Reichsanstalt das neu zu errichtende Gebäude im Laufe von 15 Jahren an Bremen bezahlt.

Nun wird bemängelt, daß das Grundstück der landwirtschaftlichen Schule für den Neubau herangezogen werden muß. Ja, wie liegen denn die Dinge? Keine Behörde wollte für das Arbeitsamt ein zentral gelegenes Grundstück in Bremen opfern, und so blieb letzten Endes nichts übrig, als auf diesen Platz zurückzugreifen, weil er zentral gelegen ist und zudem sich dieser Keil da zwischen Spielplatz und Doventorssteinweg hinein schiebt, der für sonstige Zwecke keinen besonderen Wert hat.

Dann ist von Herrn Nienaber gefragt worden, warum man das Grundstück an der Baumstraße nicht in Betracht ziehe. Dieses Grundstück ist, glaube ich, zu einem Preise von 140 000 *R.M.* angeboten worden. Ich kenne das Grundstück nicht genau. Es enthält eine Fabrik. Meine Damen und Herren! Vergessen Sie nicht, wie sich das Arbeitsamt in all den Jahren mit seinen Räumlichkeiten stets hat behelfen müssen. Zunächst war es im Kolosseum untergebracht, dort hat man sich mit Bretterbuden behelfen müssen. Dann kam es in diese elenden Räume in der Langenstraße; das alte Haus hat erst durch mühsamen Ausbau hergerichtet werden können. Und das Arbeitsamt hat schließlich nicht nötig, wiederum in ein altes Haus überzusiedeln und dort eine neue Leidenszeit durchzumachen. Sie sollten sich doch nicht der Erwägung verschließen, daß es unwürdig ist, die Arbeitslosen in ein Gebäude hinein zu führen, daß von vornherein einen trostlosen und elenden Eindruck macht, und in dem sie sich natürlich nicht wohl fühlen können. Sie sollten in ein zweckmäßig gestaltetes, helles, lustiges Gebäude kommen, das gibt ihnen Selbstbewußtsein. Es hat also ein solcher Neubau auch erzieherischen Wert. Die Arbeitslosen werden sich in einem solchen Gebäude viel besser bewegen, die Anträge werden sich leichter abwickeln lassen. Für die Verwaltung ist es deshalb nicht gleichgültig, wie ein solches Gebäude beschaffen ist. Das alles sind Gründe genug, die unbedingt für einen Neubau sprechen.

**Depfen (D.-N.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich nochmals das Wort nehme, so nur aus dem Grunde, um die Vorwürfe, die von zwei Seiten gegen meinen Antrag erhoben worden sind, zurückzuweisen. Ich muß die Behauptung energisch zurückweisen, daß wir mit unserm Antrage Verschleppungspolitik betrieben. Wir haben im

Gegenteil das größte Interesse daran, daß die haltlosen Zustände beim Arbeitsamt endlich aufhören. Dann ist von Herrn Jahn und auch vom Herrn Senatsvertreter von uns als einer sogenannten Regierungspartei gesprochen worden, die wir vor drei Jahren gewesen seien und daß der Bau eines Arbeitsamtsgebäudes damals beschlossen worden ist, das wissen wir selbst; geschlafen haben wir auch nicht. Dann hat Herr Jahn gesagt, von dem Sportplatz sollte nicht ein Quadratmeter weggenommen werden. Ja, woher kommt es denn, daß gerade die Sportvereine solche Proteste gegen den Bau einlegen? Das ist doch merkwürdig. Dann hat mir kein Mensch — weder Herr Jahn noch Herr Wenhold noch der Herr Senatskommissar — eine Antwort auf meine Frage wegen der Verzinsung gegeben. Woher werden die 1,18 Millionen beschafft, und wie werden sie verzinst? Und die dritte Frage: wie hoch wird denn der Bauplatz eigentlich bewertet? Herr Senator Kaisen hat den schwachen Versuch gemacht, darauf zu antworten, aber mit Zahlen ist er nicht gekommen. Weiter vermisste ich, daß irgend einer der Herren darauf eingegangen ist, daß doch auch die ganzen Anlagen der landwirtschaftlichen Schule verschwinden müssen. In der vorletzten Sitzung der Finanzdeputation hat man davon noch nichts gewußt. Man hat gesagt, es verschwindet nur eine kleine Ecke. Nun, die kleine Ecke bleibt liegen, und der große Teil verschwindet. (Wenhold: Die landwirtschaftliche Schule muß dort so wie so fort!) Aha jetzt kommt der Fuchs zum Lohche heraus! (Heiterkeit). Das ist ja gerade das, was ich hören wollte. Wenn Herr Jahn mit seinem Zwiebelsamen und seinen Gänseblümchen glaubt, auf Kosten der landwirtschaftlichen Schule faule Wize machen zu können, so irrt er sich; ich möchte nicht wünschen, daß Herr Amtmann Jahn nachher seine Erwerbslosen mit faulen Wizen wie mit faulen Zwiebeln behandelt! (Gelächter und Unruhe.)

**Präsident:** Ich möchte bitten, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen!

**Depfen:** Dann möchte ich den Herrn Präsidenten bitten, daß er mich dagegen schützt, wenn Herr Jahn solche faulen Wize macht (Gelächter). Ich hoffe, daß wir in dieser Republik endlich einmal alle gleich behandelt werden. Ich halte also meinen Antrag aufrecht. Für den Fall, daß er abgelehnt werden sollte, werden wir dem Antrag Wenhold zustimmen.

**Senator Kaisen:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Depfen antworten, daß der Schuldendienst am 1. Oktober 1929 beginnt; da ist die erste Rate der Reichsanstalt fällig.

**Präsident:** Herr Depfen, haben Sie das denn nicht gelesen? Das steht doch klar und deutlich auf Seite 277.

**Depfen (D.-N.):** Ich habe gefragt, wie es im Falle der Erhöhung des Diskonts steht; das haben Sie nicht verstanden, Herr Präsident!

**Senator Kaisen:** Der Schuldendienst der Reichsanstalt beginnt ab 1. Oktober 1929. Die

Geldsumme wird natürlich zunächst von der Finanzkommission aufgebracht werden, oder wir werden uns an die Reichsanstalt wenden, damit sie in Vorschuß tritt. Wenn der Diskont sich ermäßigt, dann wird der Zinsfuß der Reichsanstalt natürlich entsprechend sinken (Depfen: Und wenn er steigt?) Daß der Diskont noch einmal steigen wird, glaube ich nicht; aber wenn er steigen sollte, dann wird natürlich auch eine Steigerung der Verzinsung eintreten müssen. Was die landwirtschaftliche Schule betrifft, so ist darüber mit der Unterrichtsverwaltung verhandelt worden, daß sie der technischen Fortbildungsschule weichen muß, die die Räume sehr gut brauchen kann und zwar als Werkstättenräume. Die landwirtschaftliche Schule soll anderswo untergebracht werden, voraussichtlich in Horn, das ist aber noch nicht entschieden. Jedenfalls ist darüber schon des längeren verhandelt worden; es geht kein Weg da herum, daß die Fortbildungsschule diese Räume bekommt. Wollten wir die landwirtschaftliche Schule dort lassen, so müßten wir an den Sportplatz herangehen. Diese Frage wird später in der Bürgererschaft verhandelt werden.

**Theil (S.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es besteht kein Zweifel darüber, daß meine Fraktion diejenige ist, die in allerengster Fühlung mit der bremischen Bevölkerung steht. Deshalb waren die Ausführungen des Herrn Wenhold, sofern sie auf meine Fraktion gemünzt sein sollten bezüglich der Rechte der Einwohner auf eine Kritik am Parlament, ein wenig deplaciert. (Senger: Was heißt das auf Deutsch? — Redner zuckt lächelnd die Achseln.) Ich möchte weiter sagen, meine Damen und Herren, daß wir nicht in der Lage sind, dem Vertagungsantrage Wenhold unsere Zustimmung zu geben. Unsere Freunde, soweit sie den in Frage kommenden Deputationen für Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung und der früheren Deputation für das Arbeitsamt angehörten, haben uns versichert, daß alle die heute und in den Protestschreiben vorgebrachten Bedenken bis auf einige kleinere, Monate und Jahre hindurch geprüft worden seien. Insbesondere sind nach jeder Richtung hin eine ganze Anzahl von Plätzen, die auch jetzt wieder vorgeschlagen werden, auf ihre Eignung für den Bau des Arbeitsamtsgebäudes hin geprüft worden. Seit sechs Jahren — so wird mir versichert — ist der Plan eines Arbeitsamtsgebäudes nicht nur erwogen, sondern auch sehr ernstlich beraten worden. Es wurden schon öfter Pläne ausgearbeitet, und auch die Finanzdeputation hatte sich schon, wenn ich mich recht erinnere, mit der Verlegung des Arbeitsamts nach dem Tivoli befaßt. Nur aus finanziellen Bedenken ist der Plan wieder verworfen worden. Auch andere Plätze sind geprüft worden. Ich erwähne noch einen der Plätze am Eingang des Hafens I, am sogenannten Bindwams. Die Herren, die länger in der Bürgererschaft sind, werden sich erinnern — und auch Herr Ulrich wird das bestätigen — daß die Deputation für Häfen und Eisenbahnen auf diesen Platz den allergrößten Wert legt, und ich bin überzeugt, daß langwierige,

monatelange Verhandlungen wegen dieses Platzes letzten Endes mit dem Ergebnis enden würden, daß die Deputation für Häfen und Eisenbahnen den Platz für sich in Anspruch nimmt. (Wenhold: Ist schon entschieden!) Letzten Endes ist man bei der Prüfung der in Frage kommenden Plätze bei dem Platz an der Bürenstraße gelandet, und ich glaube, daß die Ausführungen, die Herr Senator Kaiser gemacht hat, wohl auch durchschlagend genug sind um die Bürgererschaft sich für diesen Platz entscheiden zu lassen.

Herr Schucht hat hier ein Bedenken vorgebracht, nämlich daß ein Männerturnverein angeblich die Vorhand auf diesen Platz an der Bürenstraße hat. Dabei sei erwähnt, daß wie uns mein Freund Drees mitteilt, die Behörde für Leibesübungen bis heute mit diesem Wunsch des Männerturnvereins offiziell überhaupt noch nicht bekannt gemacht worden ist. Ob irgend welche Verhandlungen mit einem Senator stattgefunden haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber ich bitte Sie, sich einmal die Frage vorzulegen, welche Interessen denn die höheren sind, die des höchstens 400 bis 500 aktive Mitglieder zählenden Turnvereins oder die von zur Zeit 8000 Arbeitslosen, eine Zahl, die je nach der Konjunktur schwankt, wahrscheinlich aber in der nächsten Zeit steigen wird. Hier handelt es sich um die Interessen über Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Umschulung der Erwerbslosen, kurz: um den Arbeitsmarkt. Und da gibt es für uns als sozialdemokratische Fraktion keinen Augenblick der Befinnung, daß nämlich die Interessen des Neubaus eines Arbeitsamtes vorzuziehen sind vor den Interessen des mehr oder weniger großen oder kleinen Turnvereins. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß man meiner Fraktion den Vorwurf, daß sie die Interessen der Leibesübungen pflegenden Jugend hindere, wohl nicht machen kann. Gerade wir sind es gewesen, die seit Jahren hinsichtlich der Sportplätze usw. die entsprechenden Vorstöße in der Bürgererschaft gemacht haben. Ich erinnere daran, daß mir persönlich von Herren des A.B.S. der Dank dafür ausgesprochen worden ist, weil ich ganz energisch den Neubau am Osterdeich gefördert habe. Eine ganze Anzahl von Plänen, die im Laufe der letzten paar Jahre hier in Bremen als Leibesübungsplätze geschaffen worden sind, gehen auf unsere Anregungen zurück, und Herr Senator Allerheiligen, der als Senatsvertreter der betreffenden Behörde vorsteht und die Dinge betrieben hat, hat eine ganze Anzahl Anregungen von uns aufgenommen und hat sich damit allerdings Verdienste erworben. Etwas anderes darf hier noch festgestellt werden, und da kommen wir, glaube ich, zu dem Kern der ganzen Protestbewegung. Herr Schucht hat den Einwand der Kirche erwähnt. Er hat sogar ausgeführt — und das sei besonders festgestellt — daß wenn die aus der Kirche tretenden festlich gekleideten Menschen mit den aus dem Arbeitsamt kommenden Erwerbslosen zusammen träfen, das geradezu zum Klassenhaß aufreizen müßte. Ich habe erfreulicherweise gesehen, wie

Herr Pastor Lange dazu den Kopf geschüttelt hat. Es scheint nur die Auffassung der Geistlichkeit der Michaeliskirche zu sein, die Herr Schucht heute wiedergegeben hat. Es scheint nicht die Auffassung anderer Kirchen zu sein, für die Herr Schucht hier gesprochen hat. Wir stellen jedenfalls diese von Herrn Schucht gemachte Äußerung hier ausdrücklich fest. Sie ist nicht nur bezeichnend für Herrn Schucht und seine Fraktion, sondern auch vor allen Dingen für die evangelische Kirche. (Oho-Rufe rechts. Lebhafter Widerspruch. Große Unruhe.) Herr Schucht hat hier ausdrücklich von der Geistlichkeit der Michaeliskirche gesprochen, deren Einwände er wiedergegeben hat. (Weitere lebhaftes Zwischenrufe. Unruhe.) Für die Michaeliskirche zum mindesten können Sie meine Feststellungen nicht bestreiten. Ich glaube auch, hier liegt die Erklärung dafür, daß die Erbauung des Volkshauses und des neuen Verwaltungsgebäudes der Ortskrankenklasse auf dem Platz an der Bürenstraße hintertrieben wurden. Interessant war uns als Fraktion der Sozialdemokratischen Partei die unter Vorbehalt gemachte Mitteilung des Herrn Senators Kaisen, daß ein von Herrn Schucht heute in der Bürgerschaft empfohlener Platz, dem Staat von eben diesem Herrn zum Kauf angeboten worden ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Herrn Präsidenten, zu entschuldigen, wenn ich auf einen vorhin gemachten Zwischenruf zurück komme. Es hat den Anschein, als ob Herr Schucht in diesem Falle nicht als Bürgerschaftsmitglied, sondern als Grundstücks- und Häusermakler gesprochen hat — eine Tatsache, die außerordentlich bedauerlich ist, (Bewegung) die aber hier festgestellt werden muß.

Diese Feststellungen sollten seitens unserer Fraktion noch getroffen werden. Sie veranlassen uns, der vorgeschlagenen Vertagung und Neuberatung in der Deputation unsere Zustimmung zu versagen. Wir müssen nach den heute hier gemachten Darlegungen vermuten, daß alle hier eingebrachten Anträge keinem anderen Zweck dienen sollen, als die Vorlage zu Fall zu bringen und den Neubau eines Arbeitsamtsgebäudes unmöglich zu machen. (Widerspruch rechts.) Deshalb lehnen wir alle Anträge ab und geben der Vorlage unsere Zustimmung.

**Präsident:** Es ist Schluß der Debatte beantragt. Angeschrieben zum Wort sind noch die Herren Schucht, Groß, Nienaber, Benhold und Dr. Gebert.

Es wird zweimal abgestimmt, weil die erste Abstimmung von der Rechten in großer Erregung bezweifelt wird. Der Präsident stellt beide Male fest, daß Schluß der Aussprache beliebt wird.

**Schucht (Hb.):** zur Abwehr eines persönlichen Angriffs: Herr Senator Kaisen hat erklärt, ich hätte das Daels'sche Grundstück dem Staate angeboten, und Herr Theil als Führer der Sozialdemokratischen Partei hat diese Erklärung des Herrn Senators Kaisen als feststehend angenommen und verwertet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!

Unruhe.) Ich erkläre hiermit, daß ich das Grundstück dem Staat nicht angeboten habe, und ich erwarte von Herrn Senator Kaisen, daß er in der gleichen Deffentlichkeit seine Erklärung korrigiert.

**Dr. Gebert (Brem. A.):** Ich möchte zur Geschäftsordnung die Erklärung abgeben — und sie wird für das Haus bedeutsam sein —, daß die Vorlage in der augenblicklichen Form die Deputation nicht beschäftigt hat, sondern lediglich den Stadterweiterungsausschuß. Es ist absolut unmöglich, daß die Vorlage dann heute verabschiedet wird.

**Schucht (Hb.):** Ich beantrage namentliche Abstimmung über die Vorlage.

Die Anträge Nienaber und Depken werden abgelehnt, ebenso der Antrag Benhold mit 55 : 54 Stimmen. Der Antrag Schucht auf namentliche Abstimmung über die Vorlage wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 58 gegen 54 Stimmen angenommen. (Bravo-Rufe bei den Soz.)

Es stimmen mit Ja:

Becker, Friß	Harber	Mester
Becker, Gesine	Harms	Meyer, Bernard
Blanke	Hartmann	Niehaus
Blase	Haupt	Noch
Caspar	Heints	Rohmann, Dr.
Deisen	Henke	Rummel
Deppe	v. Heukelum	Runkel
Donath	Hirich	Schlüter
Drees	Holtorf	Schmalfeldt
Eckermanns	Hünecke	Schmidt
Ethe	Jahn	Schulze, Herm.
Faust	Jungmittag	Schulze, Oskar
Fritsch	Klente	Schwarz
Glade	Kühl	Spindler
Göbe	Kumpfer	Starker
Grimm	Lange, Dr.	Stiegler
Grupe	Lüdeking	Taube
Günther	Ludewig	Theil
Hagedorn	Magarin	Zießler
Hansen		

Es stimmen mit Nein:

Alumund	Hante	Röder
Becke	Harjehausen	Rodewald, Dr.
Blume	Heineken	Schierenbeck
Bockhoop	Hertel, Dr.	Schucht
Bohnenkamp	Hillebrecht, Dr.	Schumacher
Bollmeyer	Hohnholz	Schurig
Borchers	Karkmeyer	Senger
Braich	Karrenberg	Stadtlander
Castendyck	Kellner	Steengrafe, Dr.
Depken	Köhler	Tannenbergr
Dieß, Prof. Dr.	Krischhof	Tappe
Dronke, Dr.	Lürßen, Dr.	Legtmeyer
Drost	Maßolle	Ulrich
Dunkel	Meier, Emil	Wagts
Ellerbrock	Müller	Walsmann
Finke	Nienaber	Benhold
Gebert, Dr.	Oppermann	Wolf
Groß	Parizot, Dr.	Wuppesahl

Nicht anwesend sind:

Bahnjon	Böhmert, Dr.	Priemer
Böhm	Osterloh, Joh.	Rumpf

**Präsident:** Herr Senator Dr. Apelt wartet schon längere Zeit. Ich möchte deshalb empfehlen, den Punkt VI vorweg zu verhandeln.

#### VI. Bau der Schuppen 15 und 17 im Hafen II.

Senatskommissar: Senator Dr. Apelt.

**Präsident:** Es liegen dazu aus der vorigen Sitzung die beiden Anträge Dieß und Depten vor; ich darf aber annehmen, daß sie sich inzwischen erledigt haben. (Zustimmung.)

**Dr. Parizot (Brem. A.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn seitens des Senats bzw. der Deputation für Häfen und Eisenbahnen bei der Erledigung dieser Vorlage von vornherein andere Wege eingeschlagen worden wären, dann wäre es möglich gewesen, die Vorlage schon in der vorigen Sitzung der Bürgerschaft zu erledigen. Der Verlauf der letzten 14 Tage hat jedenfalls bewiesen, daß die bremischen Wirtschaftskreise in erheblich größerem Maße an den Arbeiten für die Schuppen beteiligt werden können, als man im Senat vorher angenommen hatte. Eine Verständigung zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Gutehoffnungshütte und den Augsburg-Nürnberger Maschinenfabriken einerseits und den bremischen Wirtschaftskreisen andererseits hat inzwischen ergeben, daß diese Kreise in bedeutend größerem Maße an der Ausführung der Arbeiten beteiligt werden sollen. Wenn auch an sich die Möglichkeit vorhanden war, die ganzen Arbeiten in Bremen zu belassen, so haben wir doch keine Veranlassung, meine Damen und Herren, heute noch der Vorlage unsere Zustimmung zu verweigern, nachdem die bremischen Wirtschaftskreise genügend berücksichtigt und beteiligt worden sind, eine Tatsache, die zweifellos sowohl der bremischen Arbeiterschaft wie auch der bremischen Unternehmerschaft zum Vorteil gereichen wird. Wir hoffen, meine Damen und Herren, daß auch die bremischen Handwerkskreise bei der Ausführung der Arbeiten in genügendem Maße berücksichtigt werden. Unter dieser Voraussetzung werden wir der Vorlage zustimmen.

**Ulrich (Brem. A.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist uns gelungen, die Frist des mit der Arbeitsgemeinschaft der Gutehoffnungshütte und der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg abgeschlossenen Vertrages bis zum 10. d. Mts. zu verlängern. Aber dafür ist auch die Frist der Ablieferung des Werkes um 10 Tage verlängert worden. Daraus ergibt sich, jemehr die Vorbereitungen sich hinzögern, um so mehr auch die Fertigstellung des Werkes verzögert wird. Ich bitte daher nach all den Schwierigkeiten, die bisher aufgetreten sind, keine weiteren Anträge mehr anzunehmen und der Vorlage so, wie sie ist, zuzustimmen. Ich möchte nur noch ein paar Worte sagen über die Haltung der Deputation in der

vorigen Sitzung der Bürgerschaft. Wir haben damals geglaubt, uns gegen den Vertagungsantrag aussprechen zu sollen, weil es ja keineswegs sicher war, ob es uns möglich sein würde, das Vertragsangebot der genannten Arbeitsgemeinschaft verlängert zu bekommen. Ich freue mich, daß das nunmehr gelungen ist. Aber ich muß doch sagen, daß der Erfolg dieser Vertagung, nämlich die bremische Industrie in erhöhtem Maße an den Aufträgen zu beteiligen, höchst wahrscheinlich auch eingetreten wäre, wenn wir die Vorlage schon das vorige Mal angenommen hätten. Ich unterschätze gewiß nicht die Bemühungen, die sich die Herren um die größere Beteiligung der bremischen Industrie gemacht haben, besonders Herr Dr. Sebert. Aber ich möchte doch hervorheben, daß die Arbeitsgemeinschaft schon vor der letzten Bürgerschaftssitzung eine sehr weitgehende Beteiligung der bremischen Industrie in Aussicht genommen hatte, besonders auch der Franke-Werke, wenn auch vielleicht nicht in dem heute vorliegenden Maße, dann der Lloyd-Dynamowerke, der Firma Schellhaß & Drukenmüller usw. Es würde also auch ohne die Vertagung der gleiche Erfolg in ungefährer demselben Maße erreicht worden sein. Im übrigen möchte ich sagen, daß in der Zwischenzeit uns detaillierte Angebote nicht zugegangen sind. Wichtig ist, daß die Franke-Werke überzeugend nachgewiesen haben, daß auch sie zu der notwendigen Geldbeschaffung in der Lage gewesen wären. Dazu möchte ich aber sagen, daß an die Franke-Werke, als die Dinge in der ersten Betrachtung waren, herangetreten worden war, daß uns aber erwidert worden ist, es wäre dieses Angebot nur ganz nebenher gemacht worden. Aber auch an die Arbeitsgemeinschaft ist man nicht anders herangetreten, und sie hat auf lose Fühlungnahme hin ihr Angebot eingereicht.

Ich mache diese Ausführungen nur, um etwaige Vorwürfe gegen die Deputation, die etwa erhoben werden könnten, im Keime zu ersticken und bitte im übrigen nunmehr, nachdem alle Schwierigkeiten ausgeräumt sind, der Vorlage zuzustimmen. Noch eins. Von der Sozialdemokratischen Partei ist die Vorauszahlung eines Drittels gerügt worden. Auch das haben wir abgestellt. Es ist nunmehr vorgesehen ein Drittel für die Kranlieferungen, aber für die übrigen Arbeiten sind 12 Monats-Raten vorgesehen. Ich glaube, daß, nachdem auch dieses Bedenken der Sozialdemokratischen Partei erledigt ist, der Annahme der Vorlage nichts mehr im Wege steht.

**Dr. Sebert (Brem. A.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich brauche nicht auszuführen, daß der größte Teil dieses Hauses es auf das lebhafteste begrüßen wird, wenn diese Vorlage heute endgültig unter Dach und Fach gebracht wird. Ich habe die Vertagung vor 14 Tagen meinerseits auch für nötig gehalten. Tatsächlich haben die Verhandlungen, die in der Hauptsache mit der bremischen Industrie geführt werden mußten, sich durch volle 24 Tage hingezogen, und Sie dürfen glauben, daß es nicht immer ganz einfach war, alles im gegen-

seitigen Einverständnis zu regeln und das zu erreichen, was Ihnen heute als Endergebnis dieser Verhandlungen vorliegt. Ein Gesichtspunkt ist, worauf es mir bei der Beurteilung der ganzen Frage maßgeblich ankommt. Ich hätte es für falsch gehalten, eine Vorlage von derartiger Bedeutung mit einer Zufallsmehrheit oder einer knappen Mehrheit in der Bürgerschaft zu verabschieden. Grundsätzlich möchte ich es für wünschenswert halten, wenn in einer das bremische Wirtschaftsleben so stark berührenden Frage im Wege friedlicher Vereinbarung unter Abwägung aller Interessen — daß sind in diesem Fall die Interessen des Bremer Staates, der bremischen Wirtschaft und der mit der Generalunternehmung beauftragten auswärtigen Gesellschaft — ein Ausgleich geschaffen wird, der im allgemeinen als befriedigend anerkannt werden muß. Ich habe für die vorgestrige Deputations-sitzung dem Herrn Vorsitzenden der Deputation durch die Vertretung der bremischen Industrie die Mitteilung zugehen lassen können, daß das Ergebnis der Verhandlungen von den Firmen, in deren Interesse sie geführt sind, und von der Bremer Industrievertretung als befriedigend bezeichnet wird. Ich freue mich, dieses heutige Ergebnis feststellen zu können und hoffe, daß die Vorlage möglichst schnell angenommen wird, damit die für uns so notwendigen neuen Schuppen zu dem vorgesehenen Termin fertiggestellt werden können.

**Wolf (D.-N.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wir schon in der letzten Sitzung erklärt haben, stimmen wir dieser Vorlage zu, wenn wir uns auch in der Opposition befinden, da eben diese Vorlage eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Summe von 8 Millionen Reichsmark ist in der Tat nicht gerade klein und selbst für größere und reichere Staaten als Bremen heute keine Kleinigkeit. Aber diese Vorlage zeigt uns ja, daß sich Bremen in seinem Handel tatsächlich im Aufstieg befindet, anders, wie es leider Gottes bei vielen Häfen an unseren Küsten der Fall ist. Die Notwendigkeit des Baues zeigt uns aber, daß sich Bremen nicht in absteigender, sondern in aufsteigender Linie befindet. Unsere Zustimmung wird uns erleichtert durch die Tatsache, daß, wie meine beiden Vorredner schon hervorgehoben haben, die bremischen Wirtschaftskreise jetzt tatsächlich so behandelt worden sind, daß wohl der größte Teil der Arbeiten von Firmen unseres Staatsgebietes ausgeführt werden wird. Dadurch ist einmal unseren Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben, Arbeit zu erhalten, und zum andern ist ihnen eben eine dauernde Beschäftigung gewährleistet. Wenn wir so der Vorlage unsere Zustimmung geben, können wir es uns allerdings nicht versagen, eine gewisse Kritik zu üben an dem Vertrag, wie er zustande gekommen ist. Wir glauben tatsächlich, daß diese Vorlage im Wege der Submission hätte ausgeschrieben werden können. Es ist wohl Tatsache, daß sich im deutschen Vaterlande auch noch andere Firmen oder Arbeitsgemeinschaften gefunden hätten, die wohl für denselben Preis dieselbe Ware in gleicher Güte geliefert

hätten. Wir müssen diese Kritik unbedingt aussprechen, da ja doch im großen und ganzen jede Konkurrenz ausgeschaltet worden ist. Gerade dadurch, daß jede Konkurrenz ausgeschaltet worden ist, sind tatsächlich die wildesten Gerüchte entstanden über eine Bevorzugung bestimmter Firmen, die, wie ich glaube, in Wahrheit nicht vorhanden ist. Die Zeit drängt ober, und da die Gefahr besteht, daß bei einer neuen Ausschreibung die Preise noch höher werden und da unter Umständen damit gerechnet werden muß, daß neue Darwlasten kommen werden für unsere Industrie sowie weitere Lohnerhöhungen sowie neue Tarife, die preiserhöhend wirken, so sehen wir jetzt von besonderen Vorschlägen ab. Wir wollen aber nicht verfehlen, zu betonen, daß wir in ähnlichen Fällen in Zukunft uns nicht damit abfinden, sondern unsere Zustimmung nur dann erteilen werden, wenn die Wünsche, die ich eben vorgebracht habe, vom Senat oder von der Deputation erfüllt werden.

**Schucht (Hb.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn auch seitens der Deputation in Aussicht genommen war, die bremische Wirtschaft bei den Arbeiten zu berücksichtigen, so ist doch erst durch die Standhaftigkeit der Bürgerschaft erreicht worden, daß jetzt die bremische Wirtschaft berücksichtigt werden muß. Wir haben noch ein weiteres erreicht, daß nämlich durch die nochmaligen Verhandlungen auch die Zinsenfrage eine andere Regelung erfahren hat, und zwar zugunsten des bremischen Staates. Ich freue mich, daß Herr Senator Dr. Apelt es anerkannt und offen und ehrlich ausgesprochen hat, daß jetzt die bremische Wirtschaft berücksichtigt werden würde. Gerade diese Erklärung des Herrn Senator Apelt gibt mir Veranlassung, auf seine Rede in der letzten Bürgerschaftssitzung zurückzukommen. Da sagte Herr Senator Apelt, als ich die Zinsenregelungsfrage vorbrachte, er begreife wirklich nicht, wie ein Mann — mit dem war ich gemeint (schallende Heiterkeit) —, der im Wirtschaftsleben stände, so unrichtige Dinge sagen könne, wie ich es getan hätte. Und am Schluß seiner Rede sagte Herr Senator Apelt: „Das, was Herr Schucht gesagt hat, ist mir völlig unverständlich und deckt sich absolut nicht mit dem, was in ganz Deutschland Gang und Gäbe ist.“ Ich nehme an, daß Herr Senator Apelt heute nicht mehr das Wort nehmen wird, denn er hat schon seine Aktentasche gepackt, und deshalb halte ich es für meine Pflicht, hier festzustellen, daß das was Herr Senator Apelt gesagt hat, unrichtig war und das, was ich gesagt habe, richtig war, daß es nämlich in jedem einzelnen Falle auf die getroffene Vereinbarung ankommt. Jetzt ist die Vereinbarung getroffen, und sie führt zu einem Vorteil des bremischen Staates.

**Faust (S.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als wir das vorige Mal der Vertagung dieser Vorlage zustimmten, hatten wir uns damit nicht etwa in das Schlepptau von Herrn Dr. Parizot begeben, sondern wir sind einer direkt an uns

herangetretenen Anregung der Industrie gefolgt, die uns darauf aufmerksam machte, daß es möglich sei, die bremische Industrie besser zu berücksichtigen, als die Vorlage es vorsah. (Prof. Dr. Diez: Von wem kam denn die Anregung?) Das ist unsere Sache. Herr Professor Diez scheint sich allerdings daran gewöhnt zu haben, als alleiniger Vertreter der bremischen Industrie zu gelten. (Prof. Dr. Diez: Nein, ich bin kein Vertreter der Industrie!) Aber doch ein vorgeschobener. Die gewichtigen Worte, die die Arbeiterschaft bzw. die Gewerkschaften mitzusprechen haben in wirtschaftlichen Dingen, tritt also hier so in die Erscheinung, daß Leute zu den Gewerkschaften oder zu unserer Fraktion den Weg finden, die ihn sonst ganz bestimmt nicht finden würden, wenn sie nicht auch dieses wirtschaftliche Gewicht anerkennen würden. Wir haben andererseits betont — und das hat das vorige Mal unser Fraktionsführer Herr Theil noch unterstrichen —, daß wir uns bei der Behandlung von wirtschaftlichen Fragen lediglich von sachlichen Gründen leiten lassen, und daß wir auch bei sonstigen für das Wirtschaftsleben wichtigen Vorlagen nicht etwa Repressalien oder Erpressungsmaßnahmen ergreifen wollen, während man beinahe bei der Verhandlung des vorigen Tagesordnungspunktes den Eindruck hatte, daß bei einer Angelegenheit, die Belange der Arbeiterschaft berührt, die Herren von der anderen Seite vielleicht mit solchen Gedankengängen gespielt haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Was bei dieser Schuppenvorlage die Bedenken der Bürgerschaft noch gesteigert und wohl auch andere Gruppen zur Zustimmung zu Vertagung veranlaßt hat, war die ungewohnte Finanzierung dieser Vorlage. Es war geradezu ein umgekehrtes Verhältnis als sonst: Es war bisher so: Das Werk erhält den Auftrag, und die Finanzierung geschied durch den Staat. Jetzt heißt es: Erst Finanzierung durch das Werk, dann Auftrag. Das ist zum ersten Mal ein Weg bedenklichster Art, der in einer ganz wichtigen Sache gegangen wird. Da müssen vor allen Dingen die Mitglieder der Finanzdeputation darauf aufmerksam gemacht werden, daß dieser Weg zu den schwerwiegendsten Konsequenzen führen kan. Das haben die Verhandlungen, die zwischen der letzten Sitzung und der heutigen Sitzung der Bürgerschaft geführt worden sind, in eminenter Weise gezeigt, als plötzlich aus allen Ecken und Kanten Leute in Bremen aufstanden, die sich anheischig machten, dieses Riesenobjekt genau so finanzieren, wie eine der großen D-Banken. Zum mindesten ein Bremer Finanzier hatte die Finanzierungsmöglichkeit in der Hand. Ferner sind wenige Minuten vor der entscheidenden Deputationsitzung sogar bremische Baufirmen aufgetreten, die sich stark machten, das ganze Objekt als Generalunternehmer zu übernehmen und genau so zu finanzieren, wie es angeblich erst nach langen Bemühungen Herr Senator Bömers in Verbindung mit der Bankengruppe, zu der auch in persönlichen Beziehungen steht, erreicht hat. Das bedeutet also, daß in Bremen so viel privates Kapital wirksam ist, daß es den Staat schwachmatt setzen kann.

Es kann zu einer schweren Beeinträchtigung des bremischen Staates und seines Kredits führen, wenn er künftig diesen Weg der Finanzierung weiter beschreiten sollte. Es würde sich zum Beispiel zeigen, daß, wenn Bremen eine Brücke zu bauen hat, nicht der bremische Staat sie baut, sondern daß die bauunternehmende Firma das Geld dem bremischen Staat vorschießen würde. Muß der bremische Staat irgend welche Hoch- oder Tiefbauten ausführen, für die er das Geld infolge des Einspruchs des Reparationsagenten nicht auf dem ausländischen Markt aufnehmen kann, so würden sich wiederum Bauunternehmer melden, die das Geld dem bremischen Staat vorschließen wollen, damit sie konkurrenzlos den Auftrag erhielten. So würden wir von Staatswegen der Spielball privater Werks- und Firmeninteressen werden. Für die Finanzierung des Stadttheaters würde sich ja nun wohl kein Privatunternehmer finden (Heiterkeit), aber ich fürchte, daß bei werbenden Anlagen sich umso mehr finden würden. Bei dieser großen und eiligen Vorlage ist dieser Weg diesmal von unserm Finanzressort ausnahmsweise gegangen worden; eine Wiederholung würden wir aber auf keinen Fall empfehlen. Wir würden sonst ja auch die Wettbewerbsmöglichkeiten ausschalten, und eine Firma, die zufällig die geeigneten Bankverbindungen hat, würde dadurch der von vornherein prädestinierte Konkurrent. (Dr. Gebert: Damit sprechen Sie aber doch nicht gegen Generalunternehmer?) Nein, ich will damit auch nicht etwa die Ausführungen des Herrn Wolf stützen, der dieses Objekt ausgeschrieben haben wollte, oder der wenigstens verlangte, daß derartige Objekte künftig auf dem Submissionswege ausgeschrieben werden. Auch das hat schon stattgefunden. Aber bei der Konzentration des Kapitals, insbesondere bei der intimen Verbindung, die zwischen den verschiedenen großen Firmen heute besteht, ist der Weg der Submission in vielen Dingen für den Staat heute nicht mehr gangbar. In einem Zeitalter, wo das Handwerk noch Staatsaufträge ausführte und scharf konkurrierte, war es vielleicht möglich, jetzt aber, wo alle die großen Firmen vertraut sind, würde der Weg der Ausschreibung oft zum Nachteil für den Auftraggeber ausschlagen: Eine Firma setzt sich mit der andern Firma in Verbindung, damit sie nicht mit einander ernstlich konkurrieren, und die Konkurrenten würden wahrscheinlich abgefunden aus der Summe, die der Staat mangels einer ernsthaften Konkurrenz mehr zu zahlen haben würde. Wir haben solche Fälle erlebt bei der Kaliumschlagstelle und auch beim Tiefbau. Ich will diese Frage damit nicht grundsätzlich entschieden wissen, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß der Weg, der hier gegangen wird, zumindestens ein gefährlicher Weg ist. Wir wollten nur warnen vor den Gefahren der privaten Finanzierung solcher Vorlagen.

Nachdem wir uns nun überzeugt haben, daß kein anderer Weg mehr möglich war, und daß mindestens die Hälfte der Aufträge für die bremische Industrie hat gerettet werden können, haben wir

uns mit dieser Regelung einverstanden erklärt, denn dadurch, daß die bremische Industrie stark an dem Auftrage beteiligt ist, ist eine Verminderung der Erwerbslosigkeit gegeben. Dieser Umstand also hat uns veranlaßt, unsere Bedenken zurückzustellen. Wir werden der Vorlage zustimmen, auch weil wir einem Objekt, daß zur Verbesserung unseres Handels und unseres Verkehrs, besonders in den Häfen, lebensnotwendig ist, unsere Zustimmung nicht versagen.

**Dr. Parizot (Brem. A.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die hier in der Debatte gemachten Ausführungen veranlassen mich zu einer Ergänzung meiner vorigen Ausführungen. Wir müssen ausdrücklich feststellen, daß die bremischen Wirtschaftskreise jetzt in einem bedeutend höheren Maße an dem Auftrage beteiligt sind, als das bei einer Annahme der Vorlage in der vorigen Sitzung der Fall gewesen wäre. Ferner stellen wir fest, daß eine Vergebung des Gesamtauftrages an bremische Wirtschaftskreise durchaus möglich gewesen wäre. Es ist einzig und allein deswegen davon abgesehen worden, weil die Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft zu einer Beteiligung der bremischen Wirtschaft an diesem Auftrage geführt haben, die als durchaus ausreichend bezeichnet werden muß. Meine Damen und Herren! Wir glauben zum mindesten das erreicht zu haben, daß in Zukunft ein derartiges Vorgehen, wie es in diesem Falle zu beobachten gewesen ist, nicht mehr erfolgen wird; jedenfalls würden wir in Zukunft derartigen Vorlagen unsere Zustimmung nicht mehr geben können, wenn eine Beteiligung der bremischen Wirtschaft in dem größtmöglichen Maße nicht gewährleistet ist. Nachdem die Dinge aber nun einmal diesen Lauf genommen haben, werden wir, wie bereits zum Ausdruck gebracht, der Vorlage unsere Zustimmung nicht versagen.

**Wenhold (D.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An der Annahme der Vorlage ist nicht mehr zu zweifeln. Ich habe mich lediglich deshalb zum Wort gemeldet, weil Herr Faust in seinen interessanten Darlegungen wegen der möglichen Folgen der hier gewählten Art der Finanzierung einen Appell an die Finanzdeputation richten zu müssen geglaubt hat. Ich darf zunächst ganz allgemein bemerken, daß in der letzten Zeit beinahe täglich irgend welche Personen sich melden, die dem Staat zur Finanzierung von Bauten usw. größere Beträge anbieten, daß aber, wenn man diesen Dingen nachgeht, sich in fast allen Fällen herausstellt, daß es Luftofferten sind. Dabei handelt es sich zumeist um Leute, die durchaus im guten Glauben sind. Wir haben z. B. vor 14 Tagen eine sehr ernsthaft aussehende Offerte bekommen, als man aber tiefer forschte, war tatsächlich nichts dahinter als der Schein einer Hoffnung auf ein vielleicht zu gründendes Konsortium. Also man muß bei Beurteilung dieser Art Offerten ganz außerordentlich vorsichtig und skeptisch sein. Es gibt heute in Deutschland nur ganz wenige Unternehmungen, die überhaupt in der Lage sind, solche

Angebote zu machen wie das der Arbeitsgemeinschaft. Nun ist die Frage für den Staat die: darf er ein solches Angebot von vornherein ablehnen, wenn die Unmöglichkeit der eigenen Finanzierung seiner Bauten für ihn besteht? Denn so ist es doch tatsächlich. Wir sind uns in der Finanzdeputation darüber klar, daß jetzt, wo demnächst die Reparationsverhandlungen beginnen werden, Anleihen für Länder und Gemeinden nicht eher aufgelegt werden können, als bis diese Fragen völlig erledigt sind. Demnach müssen wir eine Reihe von Ausgaben, die früher über den außerordentlichen Haushalt gingen, heute auf den ordentlichen Haushalt nehmen. Es wird aber ein Teil von Aufwendungen bleiben, die nicht aus den Einnahmen des ordentlichen Haushalts gedeckt werden können, wenn man nicht eine ganz ungewöhnliche Mäßigung in Umfang und Tempo eintreten lassen will. Nun liegt es so, daß, nachdem den Staaten und Städten der unmittelbare Anleihemarkt verschlossen ist, heute dieselben Geldkreise, die gern bereit sein würden Staatsanleihen zu emittieren, angesichts der Unmöglichkeit diese aufzulegen, gern bereit sein, auf dem Wege über private Firmen, die die Aufträge für den Staat ausführen, das Geld zur Verfügung zu stellen. Wenn solche Lösung möglich ist und die Sache für den Staat nicht teurer wird — das ist natürlich das entscheidende — dann ist doch durchaus zu überlegen, ob man auf die Durchführung eines derart wichtigen Projekts wie dieses hier, aus den Gründen, die Herr Faust ins Treffen geführt hat, verzichten soll oder nicht. Ich habe diese Ausführungen noch gemacht, weil es bedenklich sein würde, die Bürgerschaft auf seine Auffassung festzulegen. Es bleibt uns immer in erster Linie zu prüfen: was ist dringlich und wie können wir notwendige Aufgaben finanzieren? Man kann heute nicht absehen, ob und wann derartige Projekte sich wiederholen werden. Soviel ist aber sicher: je mehr Firmen solche Finanzierungsmöglichkeiten bieten, um so angenehmer für den Staat.

Die Vorlage wird angenommen. (Schlußrufe.)

**Präsident:** Nur noch fünf Minuten bitte!

Folgende kleine Anfrage Drost ist eingegangen:

Ist dem Senat bekannt, daß der Spielplatz an der Nordstraße fortwährend von Radfahrern befahren wird und dadurch spielende Kinder und Passanten in Gefahr gebracht werden?

Was gedenkt der Senat zu tun, um diese Mißstände zu beseitigen?

Schriftliche Antwort genügt.

Folgende kleine Anfrage Brasch ist eingegangen:

In der St. Jürgenstraße, Ecke Schwarzen Meer, ist an der Seite des großen Krankenhauses eine Bretterbude, zwei Läden enthaltend, aufgestellt. Eine Verschönerung ist der St. Jürgenstraße dadurch nicht gegeben und Läden aller Branchen sind in dortiger Gegend genügend vorhanden.

Was hat der zuständigen Behörde Anlaß gegeben, diese Bretterbude zu genehmigen?

Ist der Senat bereit, für die Entfernung besorgt zu sein?

Schriftliche Antwort genügt.

Folgender Antrag Nienaber ist eingegangen:

Die Bürgerschaft beschließt: Die Verkaufsbuden und Trinkhallen werden auf eine gleiche Basis mit den Ladengeschäften gestellt, d. h. allen Verkaufsbuden und Trinkhallen wird der Verkauf von Tabakwaren, Schokolade und dergleichen nach der Ladenschlußzeit und an Feiertagen generell verboten, ganz gleich, ob es sich um konzessionierte Trinkhallen handelt oder nicht.

Folgender Antrag Nienaber ist eingegangen:

Die Bürgerschaft wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, die Polizeidirektion anzuweisen, keine neuen Verkaufsstände in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen zu genehmigen und die jetzt bestehenden Verkaufsstände jedes Jahr öffentlich auszuschildern.

Folgender Antrag Becké ist eingegangen:

Die Bürgerschaft beschließt, der Stadtgemeinde Bremerhaven für das Bremerhavener Stadttheater außer dem im Budget vorgesehenen Zuschuß von 10 000 *R.M.* einen weiteren Zuschuß von 20 000 *R.M.* für das Rechnungsjahr 1928/29 zu gewähren.

Folgender Antrag Schierenbeck ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Verkehrsausschuß der Deputation für Häfen und Eisenbahnen anzuweisen, mit den zuständigen auswärtigen Behörden Verhandlungen einzuleiten über die Einrichtung einer Autobusverbindung von Kirchhuchting nach Stuhr und einer solchen von Bremen-Neustadt nach Heidkrug-Delmenhorst über die Warturmer und Huchtinger Heerstraße.

Folgender Antrag Deisen ist eingegangen:

Die Bürgerschaft beschließt: Beim Gewerbeaufsichtsamt ist ein weiterer Aufsichtsbeamter einzustellen.

Folgender Antrag Hünecke ist eingegangen:

Die Bürgerschaft beschließt: Bei der Gewerbeaufsicht, Abteilung Handelsaufsicht, ist die Stelle eines Handelsinspektors auf Privatdienstvertrag in eine Beamtenstelle umzuwandeln.

Folgender Antrag Caspar ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Besetzung der zweiten Baukontrolleurstelle vorzunehmen. Die Bürgerschaft stellt die hierfür erforderlichen Mittel hiermit zur Verfügung.

Folgender Antrag Deisen ist eingegangen:

Die Bürgerschaft beschließt: Bei der Baupolizei ist ein zweiter Baukontrolleur einzustellen.

Folgender Antrag Hünecke ist eingegangen:

Die Bürgerschaft bewilligt für weitere Erziehungsbeihilfen an die unbemittelten Eltern der Schüler höherer Schulen den Betrag von 5000 *R.M.*

Folgender Antrag Niehaus ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob der § 8 des Gesetzes über die Krüppelfürsorge Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt hat, oder ob es sich empfiehlt diesen Paragraphen zu streichen.

Folgender Antrag Schierenbeck ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Verkehrsausschuß der Deputation für Häfen und Eisenbahnen anzuweisen, in Verkehrsangelegenheiten der Straßenbahn und der Autobusse, soweit der Vorortsverkehr in Frage kommt, den Vorortsverkehrsverein gutachtlich zu hören.

Nächste Sitzung am nächsten Freitag (Widerspruch). Meine Damen und Herren! Wir haben auf der Tagesordnung so viele Gegenstände, daß es unmöglich ist, den nächsten Freitag sitzungsfrei zu lassen.

Schluß 20,30 Uhr.